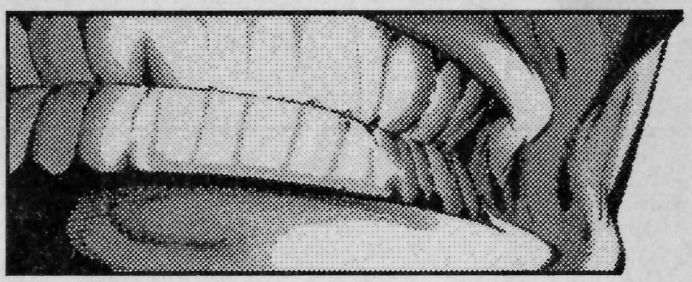
ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR



Lotta

DURA

NR. 5 / FRÜHLING '96 ÖS 25

Strategie der Spannung

Vergewaltigung

NS-Krankenpflege

Braunzone ÖVP

40 Jahre österreichischer Olympiasieg im Paarlauf

Lotta DURA - DER KAMPF WIRD HÄRTER

Jetzt gibt es sie bereits seit einem Jahr, unsere „Zeitschrift für Antifaschismus und mehr". Was dieses „mehr" bedeuten soll, ist uns und wahrscheinlich auch euch noch immer nicht klar. Wie überlegen uns nun, dieses „mehr" im Titel wegzulassen, denn wir definieren Antifaschismus ohnehin nicht nur als Antinazi-Politik. Antifaschismus ist schon „mehr": Nicht nur Aufklärung über den Feind, sondern auch Analyse der herrschenden Verhältnisse und der ihnen innewohnenden Kontinuitäten aus dem historischen Faschismus; nicht nur Aufdeckung der Verstrickung heutiger Politik und Wirtschaft mit faschistischem Gedankengut, sondern auch Bekämpfung des Alltagsfaschismus; nicht nur das offensichtlich Faschistische anprangern, sondern auch gesellschaftlich verankerte Ideologien aufbrechen, wie Männerbündelei, Frauenverachtung, Antisemitismus, Rassismus... Wenn wir Antifaschismus so definieren, brauchen wir das „mehr" in unserem Titel wirklich nicht mehr.

Unsere solidarische Kritik an der Rosa Antifa (LD 4/95) wurde nun wiederum von einem Leser kritisiert, der die sexistischen Argumente der Rosa Antifa nochmals anführte. Deshalb sei hier einmal klargestellt: Männerbündische Zusammenschlüsse unter Ausschluß von Frauen haben eine lange, in den Faschismus mündende und seit damals kaum veränderte Tradition, die von der politischen Minderwertigkeit von Frauen und von ihrer ausschließlichen Mutterrolle ausgeht. Zusammenschlüsse von Frauen unter Auschluß von Männern entstanden als Reaktion auf ihre (gewaltsame) Unterdrückung und ihre Benachteiligung. Hier von einer Form von Sexismus gegenüber Männern zu sprechen, ist ahistorisch und kurzsichtig. Wir alle wünschen uns eine Welt, in der es für Frauen nicht mehr nötig ist, sich gegen Sexismus und männliche Gewalt zu wehren, aber solange sich die Verhältnisse nicht grundlegend ändern und solange erst wenige solidarische Männer erkannt haben, daß Sexismus kein Randproblem ist, das sie selbst nicht betrifft, werden sich Frauen nicht das Recht nehmen lassen, sich ohne Männer zu organisieren.

Ein weiterer Brief von einer Leserin befaßte sich mit der Frage, warum wir Adressen von Neonazis und Faschos abdrucken. Auch das muß endlich klargestellt werden: Wir wollen diese Personen damit aus ihrer Anonymität herausholen, sie quasi verorten, um zu zeigen, daß sie mitten unter uns wohnen, daß sie vielleicht in eurer Nachbarschaft an ihren Schreibtischen oder in ihren Kellerlabors hocken. Wir wollen damit sicherlich nicht andeuten, daß ihr mit diesen Adressen irgendetwas Gemeines oder gar Gesetzwidriges anstellen sollt.

EIN JAHR LOTTA DURA - UND WIE GEHT'S WEITER?

Das wissen wir natürlich noch nicht so genau, nur daß wir weitermachen wollen, ist klar. Das können wir aber nur, wenn ihr uns aus unserer finanziellen Misere erlöst. Nur durch Abos und Spenden und Förderabos wird es uns möglich sein, die Lotta weiterkämpfen zu lassen!

Euer Feedback in Form von LeserInnenbriefen, Artikeln, Infos und Kritik brauchen wir aber genauso sehr. „Unsere Lotta ist auch eure Lotta", sagte schon Winnetou zu Old Shatterhand. In diesem Sinne: Laßt was von euch hören!

P.S.: Wir schließen uns hiermit dem Haider-Bilder-Verbot des Falters an. Das nächste Bild, das wir von ihm veröffentlichen, soll einen schwarzen Rahmen haben... ●

IMPRESSUM:

„Lotta Dura"
GRUNDLEGENDE RICHTUNG:
Zeitung für Antifaschismus und mehr
ERSCHEINUNGSWEISE:
4 x im Jahr
Herausgeber: H. Obek, 1140 Wien
V.i.S.P.:
H.Obek
DRUCK:
Eigendruck
ANZEIGEN:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren, Bücher und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Nachdruck: Nur mit vollständiger Quellenangabe erlaubt.

Inhalts VERZEICHNIS

STRATEGIE DER SPANNUNG

4.. Strategie der Spannung
8.. Bomben, Wahlen und „heiße Spuren"
11.. Waffendepots Verwaltet von Neonaziterroristen
12.. Easeful: Gladio in Österreich
14.. SS-Männer im Dienste der USA
15.. HNA Ein ganz normaler Geheimdienst
17.. Rundumschlag gegen alles, was „links" ist

BRAUNZONE - ÖVP

18.. Schwarz-braun Der Name der Rose

WAS GIBT´S NEUES

24.. Bündnisthema ANTIKOmmunismus
24.. „Phoenix" aus der Asche
25.. Briefbomben Grüße aus Braunau

NAZI-TERROR

25.. Evolution des Nazi-Terrors

NS-KRANKENPFLEGE

26.. Demütige Täterinnen - Krankenpflege im NS-Staat

IM BRAUNEN VORARLBERG

32.. Im braunen Vorarlberg

BUCH-REZENSION

33.. Vergewaltigung Ein Verbrechen ohne Folgen?

STAATSRASSISMUS

34.. Chronologie des Staatsrassismus 1995

Wie jedes Projekt benötigen auch wir Finanzierung, denn Druck- und Portokosten wollen bezahlt werden, daher unser Ruf:

ABONNIEREN!

Lotta DURA erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb und unter Mithilfe von dir.

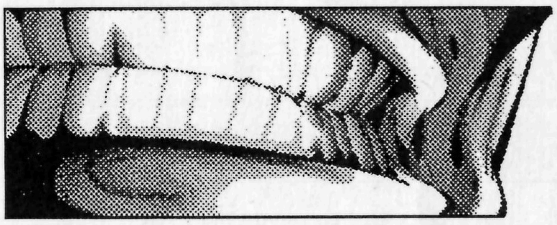
Der **EINZELVERKAUFSPREIS** beträgt **25 ÖS, 5 DM** bzw. **5 SFR.**
Ein **ABONNEMENT** kostet **100 ÖS, 20 DM** oder **20 SFR** inklusive Versandkosten und beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern und verlängert sich nicht automatisch.

Ein **FÖRDERABONNEMENT** - für Personen, die sich´s leisten können oder wollen - umfaßt 4 Ausgaben und kostet ab **500 ÖS** (aufwärts ohne Limit).
SPENDEN sind natürlich auch willkommen und äußerst hilfreich.

Die **BEZAHLUNG** von bestellten Einzelnummern oder Abos erfolgt gegen Vorauskasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag:
Im ersten Umschlag, der mit **H. MADER** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, deine Adresse und Begehr verwahrt.
Dieser wird dann in ein zweites, ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfänger **ÖH-GRUWI, PF 101, 1096 WIEN** gesteckt und abgeschickt. Nur diese Vorgangsweise gewährleistet, daß wir zu unserem Geld und Du zu deiner **Lotta DURA** kommen.

HANDVERKAUF soll auch dazu beitragen, den Aktions- und Verbreitungsradius zu vergrößern, wobei für HandverkäuferInnen noch 5 öS pro verkauftem Exemplar herausspringen. Wer interessiert ist, sollte in der obenbeschriebenen Form brieflich mit uns in Kontakt treten. ✔

ZÄHNE ZUSAMMEN-BEISSEN



Lotta DURA ABONNIEREN

NAME _____

ADRESSE _____

Ich möchte die **Lotta DURA**
ab Nummer _____ zum Preis von
☐ 100 öS im Abo (4 Ausgaben) oder
☐ 500 öS im Förderabo (4 Ausgaben) beziehen und lege daher den Betrag in bar bei.
WICHTIG: In **1.** Kuvert stecken, mit
H. MADER
beschriften und dieses dann in ein **2.** Kuvert stecken, frankieren und an
ÖH-GRUWI
PF 101, 1096 WIEN schicken.

Strategie der Spannung

ENTNOMMEN AUS „ARRANCA NR.5"

ALS „STRATEGIE DER SPANNUNG" („STRATEGIA DELLA TENSIONE") WURDE IN ITALIEN DIE STRATEGIE DER POLITISCHEN UND MILITÄRISCHEN ELITE BEZEICHNET, DIE DARAUF ABZIELTE, DIE RECHTE UND LINKE ALS ZWEI SICH UND DIE GESELLSCHAFT ZERSTÖRENDE EXTREME DARZUSTELLEN, DIE DAS LAND IN DAS CHAOS STÜRZEN. ALS EINIGE ALTERNATIVE HIERZU WURDE DER „STARKE STAAT" PRÄSENTIERT.

Gleichzeitig sollte der sich zunehmend vom Staat abwendenden Gesellschaft vorgegaukelt werden, sie hätte zumindest eines mit dem Staat gemeinsam: den Feind radikale Linke. Um das „Chaos" zu schaffen, das der Staat benötigte, um in der Öffentlichkeit ein hartes Durchgreifen zu rechtfertigen, wurde nicht nur das zur Verfügung stehende Instrumentarium aus Medien und Justiz vollends ausgeschöpft (und durch Folter, Extralegale Hinrichtungen usw. auch überstrapaziert...). In bis heute nicht endgültig geklärten Beziehungen zueinander planten, organisierten und führten italienische Geheimdienste, Carabinieri (Paramilitärische Polizei), faschistische Terrorgruppen, Militärs, Regierung, die parallele NATO-Geheimstruktur GLADIO, Polizei, mafiöse Strukturen und geheime Logen Bombenanschläge aus, die hunderte Leben kosteten.

Das italienische Beispiel

Die politische Situation in Italien spitzte sich Ende der 60er Jahre zu. Die Aktionen und Proteste der StudentInnen und SchülerInnen nahmen zu, es kam massiv zu wilden Streiks in den Fabriken und Betrieben. Gleichzeitig zeigten sich italienische ArbeiterInnen und StudentInnen solidarisch mit anderen Bewegungen in der Welt: mit dem Aufstand in Frankreich, mit den Kämpfen gegen den US-Imperialismus und die griechische und portugiesische Diktatur. Bei Demonstrationen und Streiks wurden 1968/69 sechs Menschen von der Polizei ermordet. In diesem Klima kommt es im April 1969 in Mailand zu den ersten zwei Bombenanschlägen (bei beiden gibt es keine Opfer) einer Attentatswelle. Die Sprengsätze detonierten im Fiat-Pavillon der Mailänder Messe und auf dem Mailänder Bahnhof, sieben Linke werden verhaftet.[1]

Am 12.12.1969 gibt es die ersten Toten bei Anschlägen. In der Nationalen Landwirtschaftbank an der Mailänder „Piazza Fontana" explodiert eine Bombe, die 16 Tote und 84 Verletzte, vorwiegend Bauern, fordert. Eine zweite wird entschärft, weitere Bomben explodieren in Rom. Die Ermittlungen konzentrieren sich sofort auf die radikale Linke. Es kommt zu der Verkündung eines „Quasi-Notstandes". Demonstrationen werden verboten. Nur drei Tage nach dem Anschlag, zu dem sich niemand bekennt, werden zwei Anarchisten festgenommen. Während eines langen Verhöres „fällt" einer von ihnen unter den Augen von mindestens 5 hohen Polizeibeamten aus einem Fenster des vierten Stockes eines Polizeireviers und ist sofort tot.[2] Zynischerweise setzt die Polizei seinen Tod einem Schuldgeständnis gleich. Er hätte Selbstmord begangen, nachdem sein Alibi zusammengebrochen sei.

Neun Tage später wird dem zuständigen Staatsanwalt das Verfahren um den Anschlag entzogen, nachdem dieser angekündigt hatte, auch gegen Rechts zu ermitteln. Der neue Staatsanwalt verzichtet auf die Festnahme zweier offensichtlich in den Anschlag verwickelter Faschisten.[3] Die beiden Franco Freda und Ventura, hatten gemeinsam mit weiteren führenden Faschisten, im April 1969 (eine Woche vor den Anschlägen in Mailand) an einem Treffen mit Vertretern des Geheimdienstes SID [4] teilgenommen.[5] Wahrscheinlich wurden auf diesem Treffen die Grundlagen der Strategie der Spannung gelegt. Gianettini, sowohl Mitglied des Geheimdienstes als auch einer faschistischen Terrorgruppe und in den Anschlag verwikkelt, schrieb in seinen Geheimdienstberichten:

„Politische und wirtschaftliche Kreise Italiens, unterstützt von ausländischen Kreisen, haben die Substitution der Mitte-Links-Politik durch eine explizite Formel der Mitte beschlossen. Die Operation wird durch folgende Schritte durchgeführt werden: ... eventuelle Welle terroristischer Anschläge, um die Öffentliche Meinung von der Gefährlichkeit einer Öffnung nach Links zu überzeugen.". (aus: Notte dei Gladiatori)

Der Geheimdienst SID äußert sich nicht zu dem Mailänder Anschlag.[6] In den folgenden 20 Jahren wird das Verfahren zwar ein dutzendmal neu aufgerollt, doch Täter werden nicht ermittelt. Die beiden tatverdächtigen Faschisten und Urheber der Anschläge sowie einige Mitarbeiter des Geheimdienstes SID, die in den Anschlag verwickelt sind, werden freigesprochen.[7]

Der Mailänder Anschlag wurde als Begründung herangezogen, um die Repression zu verschärfen (massive Durchsuchungen und Festnahmen in der radikalen Linken) und Befugnisse und Ausrüstung der Polizeiapparate auszuweitern. Die radikale Linke erklärte daher damals den Anschlag zum „Staatsmassaker" („strage di Stato")

Am 7.12.1070 drang die „Nationale Front" („Fronte Nazionale") in das Innenministerium ein und bemächtigte sich der Waffen. Es sollte der Auftakt zu einem Putsch sein, der jedoch aus unbekannten Gründen abgeblasen wurde.[8] Nachfolgende Ermittlungen führten zur Verhaftung des Generals Vito Micelli, der

seit drei Jahren Chef der USPA, des Sicherheitsbüros des Atlantikpaktes und davor vier Jahre lang Chef des Geheimdienstes SID[9] war. so abenteuerlich dies auch klingen mag, Putschpläne gab es in Italien wiederholt. In verschiedenen Konstellationen waren darin immer wieder in- und ausländische Geheimdienste und führende Personen aus Polizei, Militär, Wirtschaft und Politik verwickelt. Auch die Ursprünge der Putschpläne waren verschiedenster Natur, mal waren es nur bestimmte Sektoren oder Teile des Staatsapparates, die einen Ruck nach Rechts herbeizwingen wollten, mal waren es die Spitzen der Macht, die mit einem Putsch á La Chile die innenpolitische Situation klären wollten. Der Putschversuch führte jedoch keineswegs dazu, daß die Propaganda sich gegen die Faschisten richtete.

In der Politik und den größtenteils von ihr gesteuerten Medien (die staatlichen Fernsehanstalten in Italien waren von einzelnen Parteien kontrolliert) wurde die „gefährdete Demokratie und die Notwendigkeit einer härteren Gangart gegen Extremisten" betont. So erfolgte nach jedem - gescheiterten - Putsch dennoch eine Verschärfung der Situation, sprich Ausbau des Repressionsapparates, Sondergesetze, Abbau von bürgerlichen Freiheiten.

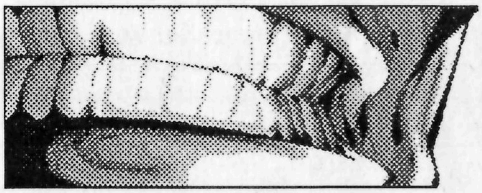
Die Aussagen des „Schuldigen" im einzigen Fall eines faschistischen Bombenanschlages, in dem ein „100% Schuldiger" gefunden wurde, sind in diesem Zusammenhang interessant, wenn auch nicht vollständig glaubwürdig. Am 31.5.1972 explodierte ein in einem Fahrzeug versteckter Sprengsatz beim Eintreffen der Carabinieri (paramilitärische Polizei). Drei Carabinieri wurden getötet, einer schwer verletzt. Auch dieser Anschlag wurde linken Gruppierungen zugeordnet, obwohl die Tat politisch-strategisch keinen Sinn ergab und linke Gruppen von Anfang an die Verantwortlichen unter den Faschisten suchten. Der spätere Angeklagte, Vincenzo Vinciguerra, übernahm als „Einzeltäter" die Verantwortung für Planung und Ausführung des Anschlages. Bemerkenswert erscheint die Begründung für den Anschlag: Nachdem er festgestellt habe, daß die MSI (faschistische Partei) und „Ordine Nuovo" nicht für die Überwindung des Systems gekämpft hätten, sondern über umfangreiche Kontakte zu Geheimdiensten, Teilen der regierenden Christdemokraten (DC) und der NATO verfügen (alles drei sollte sich Jahre später als die Natoparallelstruktur „Gladio"[10] herausstellen), habe er beschlossen, einen „Anschlag gegen den Staat" durchzuführen, um diese Allianz zu torpedieren. Nach dem Anschlag sei ihm aber durch die - nach seinen Aussagen nicht erfragte - Deckung der Geheimdienste und die staatliche Ausschlachtung des Anschlages im stabilisierenden Sinne, die Funktionalität des faschistischen Terrors für den Staat klar geworden. Er habe daher die Verbindungen aufdecken wollen. Doch wen wollte er durch seine Aussagen decken? Es ist nicht besonders glaubhaft, daß die Geheimdienste, die ihm vor und nach dem Anschlag unterstützt und geschützt haben, an dem Anschlag selbst völlig unbeteiligt waren.

Einen neuerlichen Höhepunkt erreichte die faschistische Gewalt, als am 28.5.1974 in der norditalienischen Stadt Brescia auf der Piazza della Loggia während einer Gewerkschaftskundgebung, an der 3.000 Personen teilnahmen, eine Bombe explodierte, die sieben Personen tötete und 90 verletzte. Am 4. August des gleichen Jahres explodierte im Italicus-Express (Zugverbindung Rom-München) zwischen Florenz und Bologna eine Bombe, zwölf Menschen starben. Einer der Mitverantwortlichen für den Anschlag, der österreichische Terrorist Friedrich Schaudinn, konnte nach eigenen Angaben nur dank der Hilfe der italienischen Behörden fliehen. Er lebt heute, nach letzten Erkenntnissen, in Frankfurt am Main, wo er im letzten Jahr sogar von einem italienischen Privatfernsehsender interviewt wurde.

Die linksradikale Organisation Lotta Continua veröffentlicht im Mai 1976 Ergebnisse einer eigenen Untersuchung: Der Anschlag auf den Italicus-Express war von einer faschistischen Polizisten-Zelle durchgeführt worden in Zusammenarbeit mit zwei faschistischen Terrorgruppen.[11]

VON DEN FASCHISTISCHEN ANSCHLÄGEN ZUR REPRESSIONSWELLE GEGEN LINKS

Auch in den folgenden Jahren hielt die Welle faschistischer Anschläge an. In der Politik und in den Medien war immer wieder von den „entgegengesetzten Extremen" (rechts und links) die Rede. Die Formel war ursprünglich von den Christdemokraten geprägt worden, um propagandistisch gegen die italienische KP (PCI) vorzugehen. Diese stimmte jedoch mit in den Chor der staatstragenden law-and-order-Fetischisten ein. Sie übernahm sogar die tragende führende Rolle in der Diffamierung und Kriminalisierung der damals sehr starken radikalen Linken. In dieser hatte es seit 1977 als Folge der Jugendbewegung eine breite Aufnahme illegaler Kampfformen gegeben. Einige Gruppen hatte auch bewußt die Verschärfung und Zuspitzung der Kämpfe auf militärischer Ebene vorangetrieben, sie hofften so ein Auseinanderbrechen der Bewegung zu verhindern und die fehlende Verankerung in Massenkämpfen zu überwinden.



„Während eine nationale Struktur der Autonomie schon im Sommer '77 gescheitert war, einige Gruppen sich spalteten und auflösten, enstanden Prima Linea, Azione Rivoluzionaria und Hunderte von kleineren Kampfgruppen außerhalb der „Brigatte Rosse" (Rote Brigaden)*. Ihnen schlossen sich zahlreiche junge GenossInnen ohne große politische Erfahrung an. 1978/79 fanden die meisten bewaffneten Aktionen statt. Gleichzeitig fungierten Zeitungen, Freie Radios, deren Sitz und Mitglieder oft bekannt waren, als Vermittler dieser Politik innerhalb der Bewegung.*

Die PCI (Kommunistische Partei Italiens)*-Presse hatte schon seit 1977 lautstark die Kriminalisierung der Autonomia und ihrer Sprecher gefordert - auf regionaler Ebene war sie ja direkt mit ihnen konfrontiert.*

Beim Generalangriff auf die antagonistische Bewegung (im unauflöslichen Widerspruch stehend - hier zum Staat*), der am 7. April 1979 begann, spielte die PCI dann auch eine führende Rolle. Sie hatte ihre Stellung innerhalb des Polizeiapparates ausgebaut, die DIGOS* (politische Polizei*) war ihr Instrument geworden, mit dem revolutionäre Linke zerschlagen werden sollte. Den politischen Rahmen für die Verfolgung der Autonomen schuf das „Theorem von Calogero" - des PCI-Richters von Padua, der für Hunderte Haftbefehle verantwortlich war. Nach seinen Konstruktionen, die mit Aussagen von Kronzeugen belegt wurden, waren Potere Operaio und die nach der Auflösung der Organisation entstandenen Gruppen kriminelle Organisationen: eine 'bewaffnete Bande'. Zeitweiliger Kontakt oder die Übergänge einzelner Personen von einer Organisation in die andere sind ihm Beweis genug für seine Vorstellung einer nationalen Verschwörung unter einheitlicher Führung von allen bewaffneten Organisationen einschließlich der Roten Brigaden.*

Die ersten Verhaftungen bei dem „Blitz" am 7. April trafen bekannte GenossInnen, die die Bewegungen nach außen repräsentierten, die zwar oft nicht die Führer bewaffneter Organisationen waren, aber der Bewegung - dem proletarischen antagonistischen Subjekt theoretische Würde und politische Legitimität verliehen haben."[12]

Unter diesen befand sich fast der gesamte Lehrkörper der Universität von Padua, an dem Toni **Negri**[13] Staatsdoktrin lehrte. Negri wurde von Richter **Calogero** zum Kopf der gesamten (!) Subversion in Italien gemacht. Ein Gericht in Rom warf ihm sogar die Beteiligung an der Entführung und Ermordung des Christdemokratischen Parteivorsitzenden Aldo **Moro** durch die Roten Brigaden 1978 vor. Die „Autonomia Operaia", das öffentliche Auftreten ihrer Aktivisten, die Lehrtätigkeit der Professoren, besonders die Negris in Padua und Paris, so Calogero, sei nur Tarnung für das riesige Netz illegaler Organisationen gewesen, die Anschläge geplant und durchgeführt habe.

Präsentiert wurde eine international vernetzte und ferngesteuerte Linke, die kurz vor der Erfüllung ihres Zieles, nämlich der Zerstörung der gesamten Gesellschaft und Zivilisation stehe uns dabei mit allen Mitteln und äußerster Skrupellosigkeit und Brutalität vorgehe. Die radikale Linke unterschätzte die Tragweite dieses Konstrukts und die Intentionen der PCI, die sich, nach den Rechten, als tragender Teil an der Diffamierungspolitik beteiligte. Sie wollte sich nämlich in einer jahrelang mühsam vorbereiteten politischen Schlacht der linksradikalen Opposition entledigen. Die Inhaftierten und die Bewegung draußen rechneten mit einer Freilassung innerhalb weniger Monate. Die Strategie und Praxis der revolutionären Linken blieb die gleiche, die bewaffneten Aktionen wurden im Laufe des Jahres 1979 sogar noch intensiviert.

Die schnell gebildeten Solidaritätskomitees erzielten angesichts der massiven Propaganda gegen den „Terror von Links und Rechts" allerdings wenig Wirkung. Zudem lähmten sie sich teilweise selbst durch ihre politische Uneinigkeit, zerfielen oder wurden ebenfalls kriminalisiert. Die Verhaftungen hielten derweil an. Insgesamt wurden in mehreren Wellen im Dezember '79, März '80, das ganze Jahr '81 und im Januar '82 über 10.000 Linke verhaftet, mehrere Tausend in die Illegalität oder ins Exil gezwungen, AktivistInnen legaler linksradikaler Gruppierungen, MitarbeiterInnen von Knastgruppen, Zeitschriften, Verwandte von politischen Gefangenen, Linke die seit Jahren nicht mehr aktiv waren, usw. wurden verhaftet und der Mitgliedschaft in einer „subversiven Organisation" oder „bewaffneten Bande" angeklagt.

"Die Einordnung in der Rangliste: Unterstützung, Beteiligung, Mitgliedschaft, Führungsrolle, nimmt der Staatsanwalt vor; er bestimmt damit, wie lange jemand, ohne daß es zum Prozeß kommt, im Knast behalten werden kann: Im Höchstfall sind das nach den Sondergesetzen 12 Jahre.

Die Verhaftungen trafen (...) nicht unterschiedslos als Linke bekannte Leute, sondern sie richtete sich ganz klar gegen den antagonistischen[14] *Flügel der Bewegung, der die Machtfrage gestellt hat. Der Staat will polarisieren: Wer gehört noch zum demokratischen Spektrum, wer ist Terrorist. Und genau dazu dient auch die Verhaftung von Unschuldigen und der Terror gegen Personen, von denen man weiß, daß sie Zwischenpositionen einnehmen.* [15]

Während der großen Kriminalisierung der Linken explodierte am Samstag den 2. August 1980, Höhepunkt des Ferienverkehrs, im Bahnhof von Bologna eine Bombe. Teile der Bahnhofshalle stürzten ein, 85 Menschen fanden den Tod. Während Linke, ArbeiterInnen und Gewerkschaften die Faschisten verantwortlich machten, ging es in den Medien zynisch gegen die „Extremisten von Rechts und Links" Der Terror der Faschisten wurde mit den bewaffneten Aktionen der revolutionären Linken gleichgesetzt. [16]

Für eine Beteiligung von Geheimdiensten und Polizei an Planung und Ausführung faschistischer Bombenanschläge (und nicht nur ihre propagandistische Aneignung durch die Herrschenden im nachhinein) spricht auch, daß mit Ende der linken Bewegung auch der faschistische Terror stark abnahm obwohl dieser von der Repression kaum oder gar nicht betroffen war.

Die Faschisten bombten alle paar Jahre stabilisierend weiter, mit den „Staatsmassakern" wurde der starke Staat gerechtfertigt. So etwa am 23. 12. 1984 als eine Bombe im Zug Mailand-Neapel in einem Tunnel kurz hinter Florenz explodierte. 16 Personen starben, 277 wurden teilweise schwer verletzt.

DER FASCHISTISCHE TERROR IN DEN `90ERN

Die Zusammenarbeit zwischen faschistischen Terrorgruppen und Geheimdiensten setzte sich auch in den letzten Jahren fort. Ende '93 wurden bei drei Bombenanschlägen in Mailand und Rom fünf Menschen getötet, zu den Anschlägen bekannte sich die faschistische Terrororganisation "falanga armata" (bewaffnete Phalanx). Diese hatte sich während der letzten Jahre zu fast allen größeren Terrorakten ihn Italien bekannt, u.a. zu dem Anschlag auf die Uffizien im historischen Florenz (Mai 1993), zu einem Brandanschlag auf ein Roma-Lager in Bologna (zwei

Tote, Dez. 1990) und mehreren Morden (zwei Industrielle, Okt. 1990, drei Carabinieri, Anfang 1991). Die Phalanx bezeichnet sich selbst als "nationalrevolutionär", wahrscheinlich handelt es sich um eine Nachfolge- oder Nebenorganisation der in den 70ern stark aktiven „Bewaffneten Revolutionären Kerne" (NAR), die für ihre guten Beziehungen zu italienischen und deutschen Geheimdiensten bekannt waren. Im Oktober '93 wurde erstmals ein Mitglied der Phalanx verhaftet: ein ranghoher Beamter des Justizministeriums wurde als Telefonist der Terrorgruppe identifiziert. Zehn Mitarbeiter des Geheimdienstes zur militärischen Inlandsaufklärung (SISMI) wurden unter dem Verdacht Telefonate für die Phalanx getätigt zu haben, entlassen. Beim Geheimdienst SISDE stehen etwa 300 Mitarbeiter unter dem Verdacht belastender Querverbindungen zu Gladio und der Phalanx. Mitte Oktober 1993 wurde ein hoher Geheimdienstoffizier verhaftet. Er hatte einen Monat vorher mit zwei Angehörigen der Camorra (Mafia-Organisation) einen Anschlag auf den D-Zug Palermo-Rom versucht (die Bombe wurde ohne Zünder aufgefunden). Der Fall zog die Enthüllung weiterer Anschläge mit sich. Mittlerweile wurden, vorläufig wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten, reihenweise Geheimdienstoffiziere verhaftet und die Geheimdienste vollständig umstrukturiert. Die Verbindungen zu faschistischen Terrororganisationen blieben, offensichtlich durch höhere (auch internationale?) Interessen gedeckt, vage.

Die Phalanx, soviel scheint klar, ist eine hochprofessionelle Gruppe, die sich aus Carabinieri, Geheimdienstlern und Neofaschisten zusammensetzt[17] und nach der "Strategie der Spannung" vorgeht: scheinbar zusammenhanglose Anschläge sollen ein Klima der Angst erzeugen, in dem die Bevölkerung nach einem starken Staat ruft.

Flächendeckende Autokontrollen nach dem Anschlag von Rom sind demnach als Erfolg der Strategie zu werten. In dieser Situation, in der die Altparteien an Glaubwürdigkeit verloren haben, führt eine Verunsicherung der Bevölkerung zu einer Stärkung autoritärer Tendenzen. ●

FUSSNOTEN

[1] Mittlerweile offengelegte Unterlagen des griechischen Geheimdienstes weisen den Nazikader Pino **Rauti** als Verantwortlichen aus.

[2] Giuseppe **Pinelli**, der aus dem Fenster „gefallen wurde", wurde zum Symbol der Linken in Italien. Einer der verantwortlichen führenden Polizeikräfte wurde später bei einem Attentat erschossen - manchen sicher aus einem Theaterstück von Dario **Fo** bekannt.

[3] Sieben Jahre später, am 10.7.1976, wird der stellvertretende Staatsanwalt Vittorio **Occosio** von Faschisten erschossen, nachdem der die Ermittlungen wegen des Anschlags an sich genommen hatte.

[4] SID - Servizio Informazione Difesa, interner Geheimdienst

[5] **Gianetti** - der gleichzeitig Mitglied der Terrorgruppe um Freda und Ventura ist - und Kapitän **La Bruna**

[6] Dies, obwohl sogar Berichte einzelner SID-Mitarbeiter Linke als Urheber der Anschläge ausschließen. Als Schuldiger wird in internen Berichten der in anarchistischen Gruppen infiltrierte Faschist Merlino **Mario** ausgemacht. Er, der über gute Kontakte zur griechischen Militärdiktatur verfügt, soll auf Anweisung seines „Führers" von „Ordine Nuovo" und europaweit bekannten Rechtsterroristen, Stefano **Delle Chiaie**, gehandelt haben. Delle Chiaie wiederum auf Anweisung von **Serac**, Neonazi und Kollaborateur der faschistischen Polizei in Portugal. Desweiteren weisen Geheimdienstunterlagen darauf hin, daß sich der Faschist Ventura am 12. 12. 1969 in Rom befand. Ein aufgezeichnetes Telefonat beweist, daß der Faschist Freda etwa 50 Timer der gleichen Bauart wie die für die Anschläge benutzten gekauft hatte.

[7] Die beiden, Freda und Ventura, werden allerdings wegen der Bombenanschläge im April 1969 verurteilt. Doch selbst der vermeintliche Auftraggeber und Kopf der faschistischen Terrorgruppe, Stefano Delle Chiaie, Ende der 80er in Südamerika verhaftet nachdem er ein Jahrzehnt lang international gesucht wurde, wurde vor wenigen Jahren freigesprochen.

[8] Es besteht auch die Möglichkeit, daß dadurch nur Putschängste geschürt werden sollten, um die PCI zu einer „weicheren" Linie zu bringen.

[9] Hier wurde auch die Verstrickung von Faschisten und Geheimdiensten besonders deutlich. Junio Valerio **Boghese**, der den Putschversuch anführte, war während der Republik von Saló (der letzte Versuch der Faschisten in Italien Ende des II. Weltkrieges ihre Macht zu erhalten und eine „neue Republik" auszurufen) Befehlshaber einer der Marine zugeordneten Torpedoschnellbootabteilung gewesen und hatte durch besonders blutige Jagden auf Partisanen Bekanntheit erlangt. Ihm waren über 800 Morde nachgewiesen worden, unter seiner Führung wurden ganze Ortschaften niedergebrannt. Er war 1949 im Zuge des von den regierenden Christdemokraten verkündeten „Ende der Entfaschisierung" wieder aus der Haft entlassen worden und arbeitete seither ungestört am Aufbau faschistischer Gruppen.

[10] „Gladio" war der italienische Name einer dieser NATO-Parallel-Strukturen, die für die Bekämpfung des inneren Feindes und der feindlichen Besatzungskräfte im Falle eines Krieges geschaffen wurden („Behind the line"). Die Strukturen blieben nicht auf NATO-Länder beschränkt, es gab sie z.B. auch in der Schweiz. Der Begriff Gladio, übrigens der Name eines römischen Kurzschwertes, welches sich auch im Wappen der italienischen Faschisten befand, wird seitdem als Synonym für die geheimen Organisationen der NATO benutzt.

[11] Die Polizeispezialeinheit nannte sich "Drago Nero" (Schwarzer Drache), sie war auch für eine Serie von Banküberfällen für eine Finanzierung des faschistischen Terrors verantwortlich und arbeitete eng mit den Faschisten der "Fronte Nazionale Rivoluzinario" und „Ordine Nuovo" zusammen.

[12] Aus Autonomie/Neue Folge Nr. 12 „Modell Italien"

[13] Toni Negri, Philosoph, galt als „theoretischer Kopf" der Autonomia Operaia, er hatte schon in den 60er Jahren einen wichtigen Beitrag zur linksradikalen Diskussion geleistet und war in verschiedenen Organisationen aktiv. Heute lebt er im Exil in Paris, da in Italien ein Haftbefehl gegen ihn besteht.

[14] Antagonistisch steht hier für „sich im unauflöslichen Widerspruch zum Staat begreifend"

[15] Aus: Autonomie/Neue Folge Nr. 12 "Modell Italien"

[16] Durch die mangelnde Verankerung in den sozialen Bewegungen (...und sie war mit Sicherheit wesentlich umfangreicher, als sie es in der BRD je gewesen ist...) konnte die Propaganda wirken. Die Aktionen der bewaffneten Linken waren nur noch schwer zu vermitteln. Die rasche Militarisierung der Konflikte, hatte dazu geführt, daß das Konfrontationsniveau nicht mehr von den breiten Massen getragen wurde. Die „Massen" gerieten auch auf Demonstrationen (bei denen es oft zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam) zunehmend in die Rolle der Statisten, und blieben diesen daher fern.

[17] Vgl. "La notte dei gladiatori", Calusca Edizioni, Padova 1992. Sehr empehlenswehrtes Buch mehrerer Autoren aus Padua, mittlerweile als aktualisierte Neuauflage erhältlich.

Bomben, Wahlen und „heisse Spuren“

Sechs Tage vor den Nationalratswahlen, am 11. Dezember 1995 schlug die Neonaziterrorgruppe „Bajuwarische Befreiungsarmee - Salzburger Eidgenossenschaft“ (BBA) erneut zu. In einem Briefkasten in Graz detonierten zwei Briefbomben. Ein Terrorbrief war für das UN-Flüchtlingshochkommissariat in Wien bestimmt, der andere an ein ungarisches Postfach eines österreichischen Partnervermittlungsinstitutes. Zwei weitere, intakt gebliebene Bombenbriefe aus dem Postkasten explodierten, als sie von Terrorexperten des Innenministeriums nach Wien transportiert wurden.

Laut Innenministerium waren für diese Art der Spurenvernichtung Temperaturschwankungen verantwortlich. Gedacht hatte die BBA diese Bomben für eine in Wien lebende Familie aus Indien und die Mutter der Familie Resetarits. Sie und ihre Söhne, besonders der Sänger Willi („Ostbahn Kurti“), setzen sich seit Jahren für Flüchtlinge ein. Wegen dieses Engamentes wurde die Familie bereits im einem Bekennerschreiben der BBA gewarnt und mehrmals von Jörg Haider attackiert.

Es ist davon davon auszugehen, daß die BBA selbst für die vorzeitigen Explosionen sorgte, denn ein neuerliches Blutbad hätte die FPÖ-Führungsspitze wohl ins Schwitzen und um einige Stimmen gebracht. Das Kalkül der Neonazis ging auf, während des Wahlkampfes spielten die Briefbomben keine Rolle. Jörg **Haider**, der „Ziehvater des rechtsextremen Terrors“, kam wieder einmal ungeschoren davon und die BBA konnte das Medienecho als Propagandaforum nutzen.

Als Absender gab die Mörderbande u.a. die Namen der beiden Rechtsextremisten Edwin **Neuwirth** und Herwig **Nachtmann** an.

Ex-Aula Schriftleiter Herwig Nachtmann

Der ehemalige SSler Neuwirth wurde Anfang November wegen NS-Wiederbetätigung zu einer bedingten Haftstrafe verurteilt. Im Dezember 1993 hatte der Kärntner Industrielle den russischen Faschistenführer **Schirinowski** nach Österreich eingeladen. Am Rande dieses Treffens erklärte Neuwirth einem Journalisten gegenüber, ihm sei nichts über die Existenz von Gaskammern in den KZs der Nazis bekannt. Herwig Nachtmann, bis vor kurzem Geschäftsführer des Frei-

"Die Polizei befindet sich da auf dem Holzweg“

Wolfgang Neugebauer, der Leiter des renommierten Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW), über den Terror der BBA. Das Interview erschien am 28.Juni 1995 in der deutschen „tageszeitung“ (taz).

?: Herr Neugebauer, wer steckt hinter den Brief- und Rohrbomben?

Neugebauer: Wir orientieren uns bei unserer Interpretation sowohl an der Auswahl der Opfer als auch an den Bekennerschreiben zu diesen Bombenanschlägen. Aus beiden ergibt sich eindeutig, daß die Täter Rechtsextremisten sind. Das sind Leute, die extrem deutschnational, ausländer- und minderheitenfeindlich sind. Die wollen ganz gezielt diejenigen treffen, die in ihren Augen für dieses System und die sogenannte „Umvolkung“ verantwortlich sind.

?: Im österreichischen Innenministerium hat man aber ein Täterprofil erstellt, das eine Urheberschaft der Rechtsextremisten ausschließt.

Neugebauer: Dem kann ich in keiner Weise beipflichten. Im Gegenteil, es sind alle Elemente des klassischen Rechtsextremismus in den jüngeren Bekennerschreiben deutlich sichtbar. Zudem sind eindeutig neonazistische und antisemitische Einflüsse erkennbar. Ich denke etwa an die Schreibweise „Szimon Wizenthal“. Diese diffamierende Schreibweise hat der österreichische Neonazi Gerd Honsik geprägt. Dessen Publikationen gehen nur an einen kleinen Kreis von Sympathisanten des Neonazismus.

?: Aus der Tatsache, daß die Täter kein Großdeutschland fordern und keine Auschwitz-Leugnung betreiben, folgern Sie nicht, daß man es hier mit anderen Leuten zu tun hat?

HEITLICHEN MAGAZINS - AULA, wurde im August 1995 nach dem NS-Verbotsgesetz zu zehn Monaten bedingter Haft auf drei Jahre und 240.000 Schilling Geldstrafe verurteilt, da in einem AULA-Artikel der Holocaust geleugnet wurde.

Diese Widmungen an Größen der Szene haben Tradition. Auf den Kuverts der vierten Briefbombenserie schienen etwa der mittlerweile aus der Haft entlassene Neonazi Walter **Ochensberger** und der deutsche Altnazi Reinhold **Elstner** als Absender auf. Elstner hatte sich aus Protest gegen die militärische Niederlage der Nazis am 25. April 1995 vor der Münchner Feldherrenhalle selbst verbrannt und gilt seitdem als „Märtyrer" der extremen Rechten.

HEISSE SPUREN

Anfang Dezember 1995 berichtete die Tageszeitung DER STANDARD (2.12.1995) über eine „heiße Spur" zur BBA. Die Terrorfahnder fanden sie in der in München herausgegebenen Zeitschrift VORDERSTE FRONT (Nr.3/1992) des NATIONALDEMOKRATISCHEN HOCHSCHULBUNDES (NHB).

Dort erschien im Herbst 1992 ein namentlich nicht gekennzeichneter Artikel über „Die deutsche Frage in Österreich". Ähnlich wie in den Bekennerschreiben der BBA wird darin ein ausführlicher historischer Überblick über die Bajuwaren vermittelt und die „Bajuwarische Einheit", der Anschluß Österreichs an Deutschland gefordert. Zusätzlich widmet sich der Artikel dem „nationalistischen Kampf im Zeichen verschärfter Repression".

Demzufolge sei „sinnvolle politische Arbeit für Nationalisten" in Österreich nur mehr im Untergrund möglich. Der Autor warnt AktivistInnen davor, „weitere fünf Jahre durchzuhängen", da es „fünf verlorene Jahre für das Volk" sein würden. „Wichtigstes Gebot jedweder Untergrundarbeit ist konspiratives Verhalten um jeden Preis". Ziel: „Den Staat aus der Reserve locken".

Die Ideologiezeitschrift des NHB »Vorderste Front« (unten)

Was in der Folge im Detail über Zellenbildung und Kommunikationsstrukturen geschildert wird, dürfte weitgehend auf die Struktur der erst ein Jahr später in Erscheinung tretenden BBA zutreffen. Laut STANDARD könnte der Verfasser des Artikels „in engem Zusammenhang mit jenem Täterkreis stehen, der seit zwei Jahren in Österreich Bomben legt und verschickt."

Als mutmaßlichen Autor dieses Textes vermuten wir den ehemaligen Führer der verbotenen AKTION NEUE RECHTE (ANR), Dr. Bruno Haas. (siehe Lotta Dura 2/1995) Der Jurist Haas schrieb regelmäßig für die Vorläuferzeitung der VORDERSTEN FRONT dem NHB-REPORT und trat mehrmals bei Veranstaltungen der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN), deren Kader auch den NHB leiten, als Referent auf. Über dieses Haas-Gesülze weiß die JN-Postille JUNGE DEUTSCHE STIMME (Nr.3/95) folgendes zu berichten: „Mit seinem Referat über die verfehlte, auch für die Betroffenen unwürdige Einwanderungspolitik der europäischen Kernstaaten und seinem Lagebericht zur Situation gelang es ihm mit einem fulminanten, begeisternden Redebeitrag selbst zu vorgerückter Stunde, auch den letzten Teilnehmer von seinem Stuhl zu erheben und in stehenden Ovationen einzustimmen."

NEUGEBAUER: Wieso sollen die keine großdeutsche Orientierung haben? Anders wäre doch der Anschlag in Lübeck in keiner Weise plausibel. Wenn sie ihr Operationsgebiet nur auf Österreich und bestenfalls auf Süddeutschland, den bajuwarischen Raum also, beschränken, ergäbe dies ja keinen Sinn.

?: Bezieht die Bajuwarische Befreiungsarmee aus der Schwäche der Staatspolizei „ihre unheimliche Stärke" wie das Nachrichtenmagazin PROFIL behauptet?

NEUGEBAUER: Es wäre jetzt übertrieben zu sagen, die Stapo ist so gut. Dann wären die Täter schon in Haft. Die Dinge sprechen eigentlich für sich. Es gibt undichte Stellen, geradezu einen Unwillen, rechtsextremen Einflüssen entgegenzutreten. Die Versäumnisse der Exekutive im Umgang mit Rechtsextremisten gehen ja schon Jahrzehnte zurück. Leute wie Gottfried **Küssel** oder **Schimanek** haben ja mindestens zehn oder 15 Jahre ungestraft agieren können. Erst seit 1992 ist man - auch unter dem Eindruck der ausufernden Gewalttaten in der Bundesrepublik - schärfer gegen die Neonazi-Szene vorgegangen.

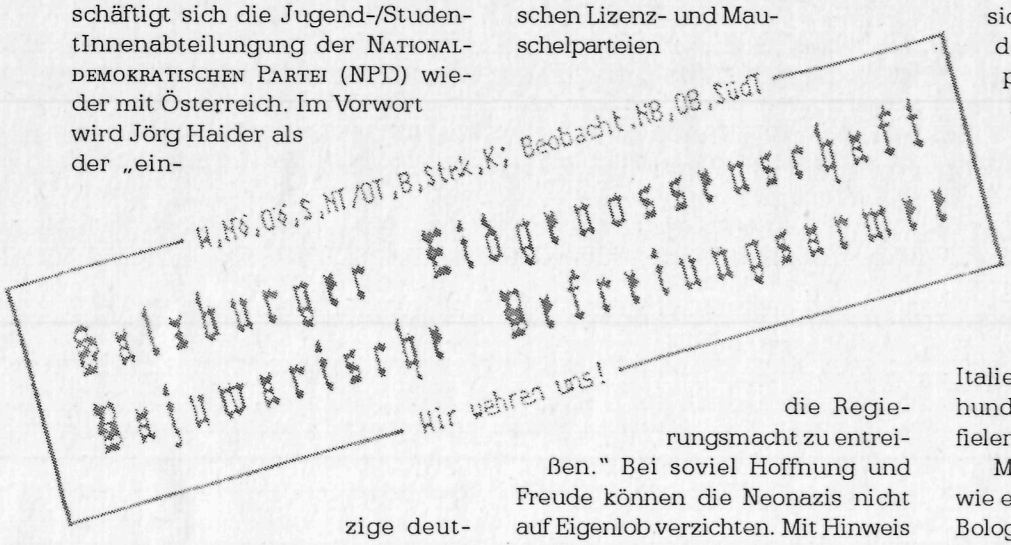
?: Es ist immer wieder die Rede von rechten Gruppen innerhalb des Polizeiapparats. Sind Ihnen solche bekannt?

NEUGEBAUER: Aus den Personalvertretungswahlen ist ersichtlich, daß eine der „F" nahestehende Gruppierung stark zugenommen hat. Bei der Wiener Polizei liegen sie schon bei über 30 Prozent. Das sind keine Leute, die liberal-freiheitlich denken. Im Gegenteil, da sind viele Gewalttäter darunter. Bei der Polizei muß endlich eine umfassende Reform passieren. Da müssen Leute hin, die politisch verläßlich sind und mit Rechtsextremismus und der „F" nichts zu tun haben.

?: Es gab eine Vielzahl von Pannen und Fehlern bei den bisherigen polizeilichen Ermittlungen. Ist dieses Täterprofil ein neuerlicher Fehler?

NEUGEBAUER: Meiner Auffassung nach schon. Die Polizei befindet sich da völlig auf dem Holzweg. Man redet inzwischen sogar von einem christlichen Neonazismus. Das ist meilenweit von der Realität entfernt. So etwas gibt es in Österreich nicht. Vielleicht haben die Leute den Roman „Opernball" gelesen und verwechseln das mit der Wirklichkeit. ■

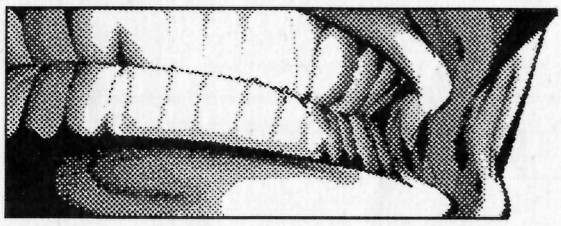
In der aktuellen Ausgabe der VORDERSTEN FRONT (Nr.7/1995) beschäftigt sich die Jugend-/StudentInnenabteilungung der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI (NPD) wieder mit Österreich. Im Vorwort wird Jörg Haider als der „einzige deutsche politische Führer, dem man guten Gewissens die Regierungsverantwortung wünschen kann" gelobt und gehofft, daß es ihm gelingt „1998 den österreichischen Lizenz- und Mauschelparteien die Regierungsmacht zu entreißen." Bei soviel Hoffnung und Freude können die Neonazis nicht auf Eigenlob verzichten. Mit Hinweis auf ein Interview, das Haider dem NHB-Report 1985 gewährte, prahlen sie, der NHB hätte ihn schon damals als „Mann mit Zukunft erkannt".



Ein Interview mit einem Mann mit Vergangenheit findet sich ebenfalls in dieser Ausgabe der VORDERSTEN FRONT. Darin plaudert der italienische MSI-Europaparlamentsabgeordente und Gladio-Terrorist Pino Rauti aus dem Nähkästchen. Der ehemalige Führer der Geheimdienst- und Faschistenterrorgruppe ORDINE NUOVO (Neue Ordung) gilt als einer der Väter der „Strategie der Spannung", der in Italien in der 70er und 80er Jahren hunderte von Menschen zum Opfer fielen.

Mit blutigen Terroranschlägen, wie etwa 1980 auf den Bahnhof von Bologna (über 80 Tote), wollten Rauti und seine Spießgesellen, die sich aus hohen Finanz-, Militär- und Justizkreisen rekrutierten, den Staat destabilisieren und getreu ihrem Motto „Alle Macht den Rechten" eine Diktatur errichten. Ein Konzept auf das offensichtlich auch die BBA setzt. ●

ZÄHNE ZUSAMMEN-BEISSEN



Lotta DURA ABONNIEREN

NAME _____

ADRESSE _____

Ich möchte die **Lotta DURA**

ab Nummer _____ zum Preis von

☐ 100 öS im Abo (4 Ausgaben) oder

☐ 500 öS im Förderabo (4 Ausgaben) beziehen und lege daher den Betrag in bar bei.

WICHTIG: In **1.** Kuvert stecken, mit

H. MADER

beschriften und dieses dann in ein **2.** Kuvert stecken, frankieren und an

ÖH-GRUWI

PF 101, 1096 WIEN schicken.

Lesen Sie NUR weiter ...

... wenn Sie sicher sind, daß die Blattlinie dieser Zeitschrift eindeutige Abgrenzung von Gewalt und Ablehnung von Gesetzesbruch beinhaltet! Laut ÖVP-Mediensprecher Molterer trifft dies auf fünf Publikationen nicht zu*:

akin **EKG** - EuropaKardioGramm ***Die Linke***

Unitat **ZAM** - Zeitschrift für Antimilitarismus

Sie wurden entgegen der Empfehlung des parteiübergreifenden Publizistikbeirates erstmalig aus politischen Motiven von SPÖ und ÖVP von der Publizistikförderung ausgeschlossen. Zahlreiche weitere, seit Jahren geförderte Publikationen wurden bereits vom Beirat abgelehnt. Die Aberkennung dieser Förderung reißt ein gewaltiges Loch in die wirtschaftliche Gebarung der betroffenen Zeitschriften.

Ihr Interesse an dieser kritischen Öffentlichkeit in Österreich entscheidet, Spenden sind willkommen und notwendig:

Konto 10010 670 581 bei BAWAG, BLZ 14000

* Sie kennen diese Zeitschriften nicht? **Gratis Probepaket anfordern:** EKG/ZAM, Schotteng. 3A/1/59, 1010 Wien, ✆: 0 222-53 51 106

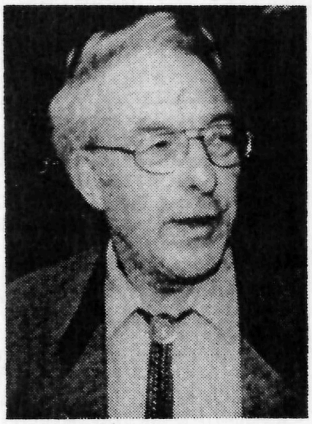
Waffendepots
Verwaltet von Neonaziterroristen

Peter Naumann

Anfang Jänner dieses Jahres sorgten die vom US-amerikanischen Geheimdienst angelegten Waffen-Lager für Aufregung. Auch in Deutschland wurden im Zuge des „Kaltes Krieges" solche Depots angelegt. Verwaltet wurden und werden (?) diese u.a. von Neonaziterroristen.

Im August 1995 offenbarte sich der dienstälteste Neonaziterrorist Peter **Naumann** den deutschen Behörden. Pressewirksam führte er Ermittler zu insgesamt 13 Waffenlager, deren Inhalt mit den „österreichischen" größtenteils ident war/ist: Sprengstoff, Handgranaten, Munition und Schußwaffen. Der altgediente Bombenleger habe einseitig abgerüstet, glauben deutsche Verfassungsschützer, um in einem bereits drohenden neuen Verfahren wegen eines Sprengstoffvergehens glimpflich davonzukommen. Naumann behauptete dagegen, er wolle zur „Deeskalation der Szene" beitragen.

In einem Interview mit der deutschen Neonazipostille Einheit und Kampf erklärte der „Deeskalierer", einen Teil der Depots von seinem Weggefährten Heinz **Lembke** übernommen zu haben. Dieser stellte Naumann mehrmals Sprengstoff für verschiedene Anschläge zur Verfügung. Lembke geriet auch nach dem Münchner Oktoberfest-Attentat 1980 (13 Tote) als mutmaßlicher Sprengstofflieferant in das Visier der Polizei. Bei einer Hausdurchsuchung wurden aber „nur" einige Rollen Zündschnur gefunden - Lembke blieb unbehelligt.


Manfred Roeder

Der Anschlag auf das Oktoberfest, wenige Tage vor der Bundestagswahl 1980, sollte zunächst der RAF in die Schuhe geschoben werden. Diese Version hielt jedoch nicht lange, war doch einer der Attentäter, der sich mit in die Luft sprengte, der Neonazi Gundolf **Köhler** aus dem Umfeld der Wehrsportgruppe Hoffmann. Das US-amerikanische Magazin Newsweek schrieb damals, was in der BRD niemand auszusprechen wagte, nähmlich, daß der Anschlag eine mißglückte Wahlhilfe für den ultrarechten Kanzlerkanidaten Franz Josef **Strauß** (Wahlslogan: „Freiheit statt Sozialismus") war.

Monate nach dem Anschlag wurde Lembke während eines Prozeßes gegen Manfred **Roeder**, Anführer der Terrorgruppe Deutsche Aktionsgruppen, in Haft genommen, und kurz darauf wurde in der Lüneburger Heide ein Waffenlager entdeckt. Inhalt: 156 kg Sprengstoff, 230 Sprengkörper, 50 Panzerfäuste, 258 Handgranaten, 13.520 Schuß Munition, 15 z.T. automatische Schußwaffen und größere Mengen an chemischen Stoffen. Ein Ermittlungsbeamter meinte damals: „Soviel kann man nicht stehlen, das muß geliefert worden sein."

Nach diesen Fund „packte" der Depotverwalter ein wenig aus. Er gab weitere Waffenlager preis und kündigte an, über jene Leute auszusagen, für welche diese Waffen bestimmt waren. Dazu kam es nicht mehr. Am 1. November 1981 wurde Lembke erhängt in seiner Zelle gefunden - offizieller Selbstmord. Mittlerweile klar, wenn auch nicht offiziell bestätigt, der Neonazi verwaltete deutsche CIA-Depots. ●

Neonazi TERRORIST
Peter Naumann

Im Zusammenhang mit dem Terroranschlägen der „Bajuwarischen Befreiungsarmee" wurde der heute 42jährige mehrmals als mögliches „Bombenhirn" gehandelt. Auf das Konto des Chemikers gehen zahlreiche Sprengstoffanschläge in den 70er und 80er Jahre. Anschlagsziele waren ein antifaschistisches Denkmal in Rom, TV-Sendemasten, das NS-Kriegverbrechergefängnis in Berlin-Spandau und DDR-Grenzanlagen. Diese Attentate führte Naumann u.a. mit dem „Stasi" und Bundesnachrichtenamt (BND) - Doppelagenten Odfried **Hepp** und Walter **Kexel** durch.

Nach der Verhaftung der beiden wurde Naumann von Hepp verpfiffen und wurde 1988 zu vier Jahren Haft verurteilt. Gemeinsam mit dem führenden österreichischen Neonazi Andreas **Thierry** nahm Naumann 1993 am Ulrichsbergtreffen teil. Im Mai des vergangen Jahres rief Nauman zu einem „Reinhold Elstner Gedenkmarsch" auf. Gefolgt waren diesem Aufruf Mitglieder aus dem Spektrum der Jungen Nationaldemokraten. Der Altnazi **Elstner** gilt seit seiner Selbstverbrennung im April 1995 als „Szenegott". Diesem hofierte auch die BBA: sein Name fand sich als Briefbombenabsender. ■

Easeful: Gladio in Österreich

„Es gibt gewisse Dinge in einem Staat, über die man überhaupt nicht redet. Auch nachher nicht."
Franz Olah

Am 9. November 1990 ließ der italienische Ministerpräsident **Andreotti** im Parlament eine Bombe platzen. Im Zuge der Erhebungen über die Beteiligung des italienischen Geheimdienstes bei der Entführung und Ermordung des Christdemokraten Aldo **Moro** wurde die Existenz einer europaweiten Untergrundarmee bekannt. Deren streng geheimen und paramilitärisch organisierten Truppen sollten für den Fall, daß die Sowjetunion Westeuropa angreift oder kommunistische Regierungen in Westeuropa an die Macht zu kommen drohten, Aufklärungs- und Sabotageaktionen durchführen. Diese Geheimdienstarmee agierte in Italien unter dem Namen Gladio, in Griechenland als Schafsfell und in Frankreich als Windrose, aber auch in Nicht-NATO-Ländern wie Schweden, der Schweiz und Österreich.

Als Patron all dieser Verbände fungierte der CIA. Ein US-amerikaisches Regierungsdokument nannte bereits 1948 als Ziele: „Subversion in feindlichen Staaten, einschließlich Unterstützung für im Untergrund operierende Widerstandsbewegungen, Guerillakräfte und Gefangenenbefreiungskommandos sowie Unterstützung einheimischer antikommunistischer Kräfte in bedrohten Ländern der westlichen Welt. Grundlage dieser Aktivitäten waren (und sind?) geheime Verträge zwischen den Geheimdiensten der beteiligten Länder sowie ein geheimer und verbindlicher Zusatz zum NATO-Vertrag, der die Beteiligung an Gladio regelte. Laut Oberst Oswald de **Winter**, CIA-Verbindungsagent zu Gladio, enthielt dieser Vertrag die Zustimmung aller Regierungen, daß weder Anhänger des rechten Flügels, rechtsextreme noch aktive Antikommunisten in ihrem eigenen Land strafrechtlich verfolgt werden dürfen.

Die ersten Gladiatoren wurden unter Nazis und deren Verbündeten rekrutiert. Nach dem Rückzug der deutschen Truppen aus den ehemals besetzten Ländern zu Ende des Zweiten Weltkriegs blieben überall geheime Agenten zurück, die „stay-behinds", Hintermänner, die sich für künftige Aufträge und Operationen in Bereitschaft hielten. Sie wurden von der SS und den faschistischen schwarzen Legionen ausgewählt und standen bereit für einen neuen Krieg, der nun begann: Der Kalte Krieg.

Die Strategie der „stay behinds" war den Alliierten nicht unbekannt. Und so befanden sich in vorderster Linie ihrer Truppen Spezialkommandos, die den Auftrag hatten, diese geheimen Agenten ausfindig zu machen. Mitarbeiter des OSS (Office of Strategic Services) begannen, die Zurückgebliebenen aus dem Untergrund anzuwerben. Diese wurden militärisch ausgebildet und mit Waffen, Funkgeräten und Goldmünzen ausgestattet. Gleichzeitig wurden zahlreiche unterirdische Depots angelegt. Einer der ersten Informanten der US-Spionageabwehr war beispielsweise der ehemalige Gestapo-Chef von Lyon und spätere Steyr-Daimler-Puch-Verbindungsmann in Bolivien, Klaus **Barbie**.

Im Zuge der durch das Auffliegen der Geheimdienstarmee 1990 eingesetzten Untersuchungen wurde - bevor diese durch eine koordinierte Aktion der in Panik geratenen Nachrichtendienste wieder abgewürgt wurden - die Existenz von 139 solcher Geheimdepots in Italien, 50 in der Schweiz, 20 in den Niederlanden und 6 in Belgien bekannt. Nicht alle der gebunkerten Waffen und Sprengstoffe blieben bis zu ihrer Entdeckung eingemottet. Aus ihnen bedienten sich die Gladiatoren, auf deren Konto zahlreiche Überfälle auf Banken, Bahnhöfe, Supermärkte, Eisenbahnen und Kasernen sowie Bombenattentate und Brandstiftungen zu Zeiten des Kalten Krieges gehen - etwa in den 80er Jahren in Italien und Belgien. Dies gilt beispielsweise für den Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna im August 1980, bei dem 86 Menschen starben. Eigentliche Drahtzieher sollen auch damals Gladio-Leute gewesen sein.

In Österreich wurden seit 1953 immer wieder derartige Lager entdeckt. Der CIA verfügt über eine Liste von insgesamt 79 Lagern, die nun durch die Enthüllung des angesehenen Boston Globe aufflog. Auf Grund eines Abkommens von 1952 zwischen dem damaligen österreichischen Innenminister **Helmer** und den Alliierten bekam die B-Gendarmerie, die Vorläuferorganisation des Bundesheeres, Waffen, Sprengstoffe und Ausrüstung im Wert von zehn Millionen Dollar. Unmittelbar begannen die österreichischen Militärs Waffenlager anzulegen, vor allem in den alpinen Gebieten Salzburgs, Kärntens und der Steiermark, um gegebenenfalls in Österreich Brücken zu sprengen, Züge zum Entgleisen zu bringen und im Ernstfall zehntausende ehemalige Wehrmachtssoldaten einzuziehen und nach Norditalien zu verlegen. 100.000 sollen in Abstimmung mit den US-Militärs in Listen erfaßt worden sein. Österreicher, die sich weigerten, sollten verhaftet und interniert werden. Die österreichische Variante von Gladio lief unter dem Namen Easeful (gemütlich).

Die Kommunikation zwischen der österreichischen Regierung und den Gladio-Spitzen unterhielten die führenden Köpfe der Bundesheerspionage, die zumeist schon in der Wehrmacht einschlägige Erfahrungen gesammelt hatten: Benno **Fechner**, Robert **Wrabel** oder Oberst Alexander **Kragora**, der seine Wehrmachtsuniform samt Orden in einer eigenen Vitrine in seiner Perchtoldsdorfer Villa zur Schau stellte.

Franz Olah

„WANDER-, SPORT- UND GESELLIGKEITSVEREIN"

Mehr als 2.000 Mann wollte der Bau- und Holzarbeitergewerkschafter Franz **Olah** Anfang der 50er Jahre in Judo-, Waffen- und Sprengstoffgebrauch, Nachrichtendienst, Spionage sowie Nah- und Untergrundkampf ausbilden. Hierzu gründete er einen eigenen Verein Namens WSGV. WSG stand hierbei nicht für Wehr-Sport-Gruppe, sondern für Wandern, Sport und Geselligkeit. Unterstützt wurde er von US-amerikanischen Regierungsstellen und Gewerkschaftern, deren Vertrauen er sich durch die Niederschlagung des von Kommunisten organisierten Oktoberstreiks 1950 erworben hatte. Olah zu den von ihm als Streikbrecher zusammengetrommelten Bau- und Holzarbeiter: „Zum Teil waren es Volksdeutsche, die geflüchtet waren (und inzwischen längst Österreicher geworden sind), und natürlich auch ehemalige Nazi, die aus ihren Berufen hinausgeflogen sind und am Bau arbeiteten. ... Ich konnte sie doch schlecht nach einem 'großen Ariernachweis' befragen." Mit dabei: Der spätere Führer der neonazistischen NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI (NDP) und Südtirol-Terrorist Norbert **Burger**.

Heute leugnet Olah jeden Zusammenhang zwischen den Aktivitäten seines „Geselligkeitsvereins" und den Waffendepots. 1969, als der ehemalige SP-Innenminister wegen Betrug und Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern zwecks Gründung der „Krone" vor Gericht stand, klang er noch ganz anders: „Dieser kommunistische Putschversuch war der unmittelbare Anlaß zur Schaffung zur Organisation einer ständigen Abwehr gegen allfällige neuerliche Umsturz-, und Generalstreikversuche. ... Die ins Leben gerufene Organisation stützte sich auf einen relativ kleinen Kader jüngerer Arbeiter. Meine Funktion in der Gewerkschaft und mein Mandat als Abgeordneter zum Nationalrat gaben mir die notwendige äußere Dekkung zur Leitung dieser Abwehraktion. ... Spezialgruppen wurden in der Handhabung morderner Schußwaffen, in der Verwendung von Plastiksprengstoffen ausgebildet. ... Die nötigen Ausrüstungsgegenstände wurden in einem für diese Zwekke angekauften Haus in Golling verwahrt."

1965 versuchte Olah, der zwei Jahre zuvor als Innenminister zurücktreten mußte und aus der SPÖ ausgeschlossen worden war, mit der Gründung der DEMOKRATISCHEN FORTSCHRITTLICHEN PARTEI (DFP) ein politisches Comeback. Im Wahlkampf '66 sorgte Olah mit seinen Schlägerbanden, die sich selbst als „Guerillakämpfer" bezeichneten, wiederum für Schlagzeilen. Kein geringerer als der jetzige Nationalratspräsident Heinz **Fischer** bezeichnete Olahs Saalschutztruppe als „Prügelgarden", die „zum nackten Terror übergehen und Stahlrute, Sandsack und Tränengas einsetzen". In der DFP wirkte auch Otto **Tuma**, der 1993 als Verteidiger des Neonaziführeres Gottfried **Küssel** auftrat.

Lothar Höbelt

Tumas Sohn Lukas gehört(e) zu Küssels VOLKSTREUEN AUßERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION (VAPO).

Heute unterhält der ehemalige KZ-Häftling Olah Kontakte zur „Neuen" Rechten. Seine Erinnerungen erschienen im Almathea-Verlag, der von Fritz **Molden** gegründet wurde und heute zum Verlagsimperium des deutschen Rechtsextremisten Herbert **Fleißner** gehört. Molden unterhielt wie Olah Kontakte zum CIA und war ebenfalls maßgeblich am Anlegen der Waffendepots beteiligt. Am Zustandekommen der Autobiographie maßgeblich beteiligt war der Wiener Universitätsdozent, AULA-Autor und stramme „Siegfriedskopf"-Kämpfer Lothar **Höbelt**. Olah machte auch immer wieder durch antisemitische Äußerungen und Aussprüche wie folgenden (zu einem Journalisten) auf sich aufmerksam: „Sie haben ein Glück, daß ich heute nichts mehr bin. Sonst würde ich sie jetzt ins KZ sperren lassen." ●

Wilhelm Höttl

SS-Männer im Dienste der USA

Rund um die US-amerikanischen Waffenlager in Österreich kommen immer mehr Details ans Tageslicht, so auch die Verbindung und Zusammenarbeit von SS-Schergen mit den USA nach 1945. Ziel war es, in Österreich ein Partisanenheer gegen die Sowjetunion aufzubauen, die dazu notwendigen Waffen lagen in den Verstecken bereit.

Vor allem ehemalige Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes (SD), dem Geheimdienst der SS, wurden vom amerikanischen counter intelligence corps (CIC, Geheimdienst des US-Heeres für militärische Abwehrfragen in den besetzten Gebieten) angeheuert. Ab 1947 wurde unter der Leitung von Wilhelm **Höttl**, ein ehemaliger SS-Obersturmbannführer, der seit 1934 als illegaler Nazi beim SD in Österreich tätig und Kronzeuge der Anklage bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen war, ein „I-Netz" (Invasionsnetz) in Oberösterreich und Salzburg aufgebaut. Von Gmunden (Oberösterreich) aus, mit einer Villa am See als Hauptquartier, zog Höttl mit seinen Männern vom SD und anderen Nazis, wie z.B. Erich **Kernmayr**, ein Nachrichtennetz auf, das im Falle einer sowjetischen Invasion mit den einzelnen Partisanengruppen und der Zentrale in den USA Kontakt halten sollte. Der CIC hatte schon früher als die offizielle Politik der USA die Sowjetunion als neuen potentiellen Gegner ausgemacht. Höttl war nach eigenen Angaben nur für das Informationsnetz zuständig. Den Partisanenkampf sollten andere im Auftrag der USA führen. Laut Höttl hatten die Amerikaner diesbezüglich mit Franz **Olah**, Ex-ÖGB-Chef, ehemaliger SPÖ-Innenminister und Mitbegründer der „Neuen Kronenzeitung" nach 1945, Kontakt aufgenommen. Vor allem Kernmayr und Karl **Kowarik**, spielten im Personenkreis rund um Olah eine wichtige Rolle für die USA. Kowarik soll der Kontaktmann der USA in Sachen geheime Waffenlager gewesen sein. Sein Lebenslauf war seit jeher antikommunistisch geprägt, er war Mitglied beim Deutschen Turnerbund (Vorläufer des ÖTB) und der Deutschen Studentenschaft in Wien, trat 1930 der NSDAP bei, wurde 1934 zum Führer der gesamten Hitlerjugend Österreichs ernannt, bewarb sich bei der SS, flüchtete nach dem NSDAP-Verbot 1934 nach Deutschland, wurde 1938 Hauptsturmführer in der SS, war im November 1938 einer der anführenden Pogromisten der „Reichskristallnacht" in Wien, leistete seinen Kriegsdienst in der Waffen-SS und war 1949 Mitbegründer des VdU (Verband der Unabhängigen, Vorläufer der FPÖ), sein Sohn Helmut wiederum sitzt als Abgeordneter der F(PÖ) im Wiener Landtag.

Genau auf diesen SS-Strukturen und -Verbindungen bauten die Amerikaner ihr Partisanenheer auf. Kernmayr und Kowarik sollten ehemalige Reichswehrsoldaten und SSler ins Partisanenheer eingliedern, was ideologisch keine Schwierigkeit darstellen sollte, waren sie doch alle Antikommunisten. Die I-Netz-Gruppe um Höttl und die Aufbauer des Partisannenheeres um Olah wußten voneinander, die Arbeit lief parallel. Für den militärischen Einsatz der antikommunistischen Widerstandskämpfer, die fast ausschließlich aus ehemaligen Waffen-SSlern bestanden, stand Karl **Ney**, ehemaliger führender SS-Mann, auf der Lohnliste des CIC. Im Toten Gebirge wurden mit aktiver Unterstützung der Amerikaner militärische Übungen durchgeführt. Dort und im Tennengebirge sollen sich auch die Waffenlager befinden, die von den Amerikanern mit den damals modernsten Waffen gefüllt wurden. Anscheinend waren die Aktivitäten der I-Netz-Gruppe aber sogar den österreichischen Behörden aufgefallen. Dagegen unternehmen konnten sie jedoch nichts, dank der „Schutzherrschaft" der Amerikaner waren die ehemaligen Nazis und SDler für die österreichische Staatspolizei tabu.

Der bereits erwähnte Karl Ney fand später Arbeit im westdeutschen Bundesnachrichtendienst (BND), dessen Geschichte auch als braune Kontinuität in der BRD beschrieben werden muß, in der die österreichischen Berge und Almen wiederum Schauplatz der Handlung waren, nämlich als im März 1945 auf einer Almwiese Mikrofilme mit umfangreichen Spionagematerial über die Sowjetunion von Reinhard **Gehlen** und seinen engsten Kameraden und Mitarbeitern vergraben wurden, bevor sie sich dann im Mai der US-Armee ergaben. Bis zu diesem Zeitpunkt war Gehlen Chef der Wehrmachtsspionage-Einrichtung Fremde Heere Ost, die sich Informationen durch Erpressung, Folter und Mord von Zehntausenden von sowjetischen Kriegsgefangenen beschaffte.

Wiederum machten sich die Amerikaner die Informationen und Strukturen der Nazis zunutze, entließen Gehlen und seine Männer aus der Haft und stellten sie als Organisation Gehlen in den Dienst des US-Geheimdienstes. 1956 wurde die Organisation, umbenannt in Bundesnachrichtendienst, in westdeutsche Dienste rücküberführt. Auf diesem Weg gelangten Hunderte von NS-Verbrechern in den BND. Einer von Gehlens Gehilfen war der ehemalige SS-Standartenführer Otto **Skorzeny**, der nach 1945 der Kontaktmann zwischen BND und den Fluchthilfeorganisationen für Ex-SSler Odessa und Die Spinne war. Skorzenys Partner in der Fluchthilfe war Erich Kernmayr, einer der Organisatoren des österreichischen Partisanenheeres. ●

HNA
Ein ganz normaler Geheimdienst

Der Bundesheergeheimdienst „Heeresnachrichtenamt" (HNA) sorgt wieder einmal für Schlagzeilen. Gestützt durch Aussagen ranghoher Staatspolizisten, welche in ständiger Konkurrenz zum personell und technisch potenteren HNA stehen, berichtete der „Kurier" in einer 3-teiligen Serie, dass in der Slowenienkrise 1991, später in Südtirol und sogar beim Briefbombenterror Aktivisten des HNA ihr Unwesen trieben und treiben.

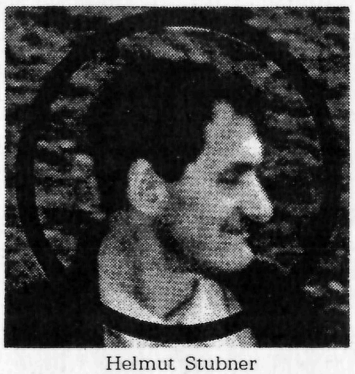
Am 21. Dezember 1995 mußte der NEWS-Journalist Alfred Worm bei einer Gerichtsverhandlung die Verwicklung von HNA-Agenten in eine Desinformationskampagne eingestehen. Die Vorgeschichte: Am 14. September vergangenen Jahres titelte der Aufdecker der Nation in NEWS „Achtung. Schützen". Worm behauptete unter Berufung auf einen angeblichen Bericht der Tiroler-Stapo, daß Südtiroler Schützenverbände in Nordtirol Waffenlager besitzen würden. Die Staatsanwaltschaft Bozen nahm darauf umgehend Ermittlungen wegen illegalen Waffenbesitzes und versuchter Bandenbildung auf, ein italienischer Untersuchungsrichter überlegte die Verhaftung führender Schützenfunktionäre. Nunmehr ist klar, es gibt keine illegalen Waffenlager in Nordtirol und der Stapo-Bericht ist eine Fälschung. Worms durchaus glaubwürdige Beteuerungen, wonach er „sein" Papier beim HNA in der Wiener Hütteldorferstraße bekommen habe, zeigen eindeutig: Das HNA hat an einer Desinformationskampagne mitgewirkt.

Die Affäre Stubner

Der 38jährige Helmut **Stubner**, zeitweiliger FPÖ-Parteiangestellter und FPÖ-Bezirksrat in Wien, biederte sich 1991 an die Vorsitzende der rechtsextremen Union für Südtirol Eva **Klotz** mit folgender Geschichte an: Er habe den Auftrag des HNA, in Südtirol eine Polizeitruppe der deutschsprachigen Tiroler zu organisieren - für einen bevorstehenden Bürgerkrieg. In Kroatien und Slowenien habe der Milizoffizier des Bundesheeres erfolgreich beim Aufbau der Territorialverteidigung mitgewirkt - ebenfalls im HNA-Auftrag. Im Herbst 1994 lud Stubner junge Südtiroler in sein Haus in Gaaden zu einem Seminar ein. Ein Vortragender stellte sich als Bundesheeroffizier vor, ein zweiter behauptete Interpol-Mitarbeiter zu sein. Als Schießübungen auf den Seminarplan kamen, reisten die Südtiroler erschreckt ab. Unions-FunktionärInnen vermuteten eine Aktion des italienischen Geheimdienstes und machten Stubners Treiben öffentlich. Ein Bozener Staatsanwalt leitete im Jänner 1995 Untersuchungen wegen einer „mutmaßlichen deutschen Gladio-Organisation" ein. Auch die Stapo begann wegen „Neutralitätsverletzung" zu ermitteln. Stubner bestreitet jegliche Kooperation mit dem HNA. Gegenüber dem parlamentarischen Geheimdienstuntersuchungskontrollausschuß gestand das HNA aber ein, ihn bis 1992 als „Abschöpfquelle" geführt zu haben.

HNA-Neutralitätsbrüche

Stubner trieb sein Unwesen auch in Slowenien. Er hatte gemeinsam mit dem Anti-Antifa-Aktivisten Martin **Hobek** und Günter **Enzendorfer**, Volksgruppenreferent der FPÖ und Sekretär des 3. Nationalratspräsidenten Wilhelm **BRAUNeder**, am 1. Juli 1991 die Österreichisch-Slowenische Gesellschaft (ÖSG) gegründet. Sloweniens Parlamentspräsident Franjo **Bucar**, Erhard **Busek**, VP-Klubobmann Heinrich **Neisser** und Gastgeber Guido **Schmidt-Chiari** gaben sich bei der Eröffnung die Ehre. Über die ÖSG wurde die diplomatische Anerkennung Sloweniens angebahnt und somit für die Eskalation der Jugoslawienkrise gesorgt.



Helmut Stubner
AlpenGladio?

Der Beginn der Stapo-Erhebungen gegen Stubner waren der Auf-

Wilhelm Brauneder

takt zum offenen Konflikt mit dem HNA. Öl in dieses Feuer gossen einige Zeitungen, die enthüllten, daß Stubner mit dem im Briefbombenprozeß angeklagten Franz **Radl** jun. zumindestens bekannt ist. Seither herrscht „Krieg" zwischen Stapo und HNA. Dies dürfte auch der Grund der „Kurier" Enthüllungen sein.

Die angebliche HNA-Söldnertätigkeit von Stubner wurde von der Stapo vorerst nicht ernst genommen. Im Zuge von Erhebungen konkretisierte sich aber der Verdacht: Die geheimen Auslandsbeobachter im HNA begnügten sich nicht mit Beobachten und Melden - sie mischen tatkräftig mit. Während des Angriffs der jugoslawischen Bundesarmee gegen Slowenien unterstützten HNA-Agenten die slowenische Regierung u.a. mit einem Evakuierungsplan. Im Fall des Falles hätten die Slowenen in Österreich eine Exilregierung installieren sollen. Gattinnen slowenischer Regierungsmitglieder waren bereits in einem Versteck im Burgenland untergebracht worden.

HAIDERS HNA-TRUPPE

Nach der ersten Briefbombenserie vom Dezember 1993 startete die FPÖ ein Ablenkungsmanöver zu den möglichen Hintergründen der Anschläge: Man vermute eine „Verstrickung ausländischer Geheimdienste", ließ etwa der damalige FPÖ-Generalsekretär Herbert **Scheibner** wissen. Schon wenige Tage nach den Anschlägen wurde diese These lanciert, die **Haider** in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin PROFIL kurz nach den Morden von Oberwart nochmals aufwärmte: Die Zusammenarbeit von Neonazis mit Nachrichtendiensten aus dem ehemaligen Jugoslawien. In bemerkenswertem Gleichklang mit der Meinungsbildung in der FPÖ belieferte nach der ersten Briefbombenserie das HNA die ermittelnde Stapo mit Hinweisen auf mögliche Täter aus dem ehemaligen Jugoslawien. Bruchstücke eines Funkspruches aus der Fernmeldeaufklärung sollten damals die Verstrickung des serbischen Geheimdienstes in die österreichischen Briefbombenattentate beweisen. Mittlerweile ist klar: Einen solchen Funkspruch hat es niemals gegeben.

Seit der mißglückten Sachbeschädigung von Ebergassing vermuten getreue Haider HNAler, daß hinter den Anschlägen der BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSARMEE (BBA) „Linksextremisten" stecken. Diese Vernebelung der Tatsachen wird seither in zahlreichen rechtsextremen Postillen breitgetreten und findet auch in bürgerlichen Medien Widerhall. Im HNA sitzen Freiheitliche in etlichen Schlüsselpositionen. Während der kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ war es dem damaligen Freiheitlichen-Minister Friedhelm **Frischenschlager** binnen kurzer Zeit gelungen, eigene Parteigänger in den bis dahin ÖVP dominierten Bundesheergeheimdienst einzuschleusen. So auch den HNA-Brigadier und Logistik-Chef Wolfgang **Jung**. Er ist Leiter von Haiders SICHERHEITSPOLITISCHEM ARBEITSKREIS. Jung gebar die Idee der Zusammenlegung von Heer und Exekutive in ein Sicherheitsministerium. Eine Machtkonzentration, vor der sogar die Nazis zurückgeschreckt hatten. Im November 1995 wurde Jung für seine Ideen mit dem Nationalratsmandat des abgetretenen John **Gudenus** belohnt.

Der frühere FPÖ-Pressesprecher Walter **Seledec** und nunmehrige ORF-Redakteur gehört zu einer Journalistengruppe, die fallweise in der HNA-Zentrale hofiert wird. Nebenbei ist er Milizsoldat und sitzt auf einem Oberst-Posten im HNA. Weiters ist er stellvertretender Leiter der Beschwerdekommission im Verteidigungsministerium und besitzt einen Spezialausweis, der ihm alle militärischen Türen öffnet - eine bedenkliche Machtkonzentration. Seledec ließ sich vom Bundesheer den privaten Besitz von mehreren Maschinen- und Sturmgewehren und Maschinenpistolen genehmigen. Reine Sammerleidenschaft, beteuerte der Milizoffizier gegenüber dem KURIER. Bereits sein Vater habe Waffen zu sammeln begonnen, er betrachte das als normales Hobby wie Briefmarkensammeln.

Ein zusätzliches Bindeglied zwischen HNA und FPÖ ist der Wiener Privatdetektiv Walter **Jaromin**, der bereits Anfang der 80er Jahre als Geschäftspartner des HNA aufgefallen ist. Bei einer Hausdurchsuchung in der Detektei im 3. Wiener Gemeindebezirk wurden Dossiers über sozialdemokratische Spitzenpolitiker gefunden. In jüngster Zeit kam Jaromin ins Gerede, weil er nicht nur den Personenschutz für Haider organisiert, sondern auch politische Gegner bespitzeln soll. ●

QUELLEN:

KURIER vom 14., 15. und 16.1.1996,
Profil 21.8.1995.
Weitere Artikel zur Haiderei beim HNA finden sich in den Ausgaben Nr.3 und 4 der „Lotta".

ÖSTERREICHS GEHEIMDIENSTE:

Der personell und technisch am besten ausgerüstete Dienst ist das ÖVP- bzw. F-nahe „Heeresnachrichtenamt" für Auslandsaufklärung. Dazu gehört auch die Fernmeldeaufklärung. HNA-Analysen und Erkenntnisse werden an die Bundesregierung, die Staatspolizei und an die NATO weitergegeben. 1985 wurde aus dem HNA das von der SPö dominierte „Heeresabwehramt" herausgelöst. Dieses ist für Subversions- und Spionageabwehr und Spionage zuständig. Die „Staatspolizei" nimmt zwar auch nachrichtendienstliche Belange wahr, wird aber im Gegensatz zum HNA und Abwehramt als Polizeiorganisation geführt. ■

Rundumschlag

GEGEN ALLES, WAS "LINKS" IST

Im TV-Duell mit Madeleine Petrovic (Die Grünen) im Wahlkampf 1995 konfrontierte Haider diese mit einem Schriftverkehr zwischen EBT und Linzer Stapo. Im Zuge der Ermittlungen gegen die deutsche Zeitschrift „radikal" wurde auf einer Computerdiskette die (etwas seltsam formulierte) Bitte der Gruppe JLS aus Linz um Anleitungen zum Erkennen und Öffnen von Briefbomben gefunden. Die EBT bat die Linzer Stapo nun um Aufklärung in Sachen „Briefbombenserie III" (!), womit sie bewies, wie emsig sie in „alle" Richtungen ermittelt. Die Linzer Stapo lüftete das Geheimnis: Es handelt sich um die Gruppe „Junge Linke Stimme", der die Linzer Grünen ihr Büro als Treffpunkt und Adresse zur Verfügung gestellt hatten. Daß diese Adresse zufällig Starhembergstraße heißt, veranlaßte den freiheitlichen Landesobmann von Oberösterreich Hans Achatz zu einem bemerkenswerten Gedankengang: Es sei doch auffallend, daß der Name Starhemberg aus den Bekennerschreiben der Briefbomber hier wieder auftauche! Aber: „Es kann sich hier auch um einen seltsamen Zufall handeln", meint dazu die AULA (12/95).

HAIDERS "BEWEISE"

In diesem TV-Duell nun zählte Haider noch andere „Beweise" der grünen Verstrickung ins „Netzwerk des linken Terrors" auf, u.a. stehe eine grüne Bezirksrätin der RAF nahe (alle Achtung!). Madeleine Petrovic war leider dermaßen sprachlos, daß ihr nicht einmal einfiel zu fragen, wie Haider überhaupt zu dem Briefwechsel zwischen EBT und Linzer Stapo gekommen sei.

Seit der mißglückten Sachbeschädigung von Ebergassing sind die Grünen jedenfalls dermaßen panisch und ängstlich geworden, daß sie sich lieber von Teilen ihrer Basis verabschieden und sich wieder auf ihren eigentlichen Auftrag (das „ökologische Wirtschaftswunder") besinnen. So mußte z.B. die schon angesprochene grüne Bezirksrätin ihr Mandat zurücklegen. Anstatt klar und deutlich zu begründen, warum grüne Büros für Antifas offenstehen und warum im TATBLATT und anderswo inseriert wird, versprach Madeleine Petrovic, „diese Dinge" zu prüfen. Wer sich an bedrohte Bäume kettet, darf bleiben, aber wer sich für politische Gefangene einsetzt muß gehen?

PASSEND ZUR „STRATEGIE DER SPANNUNG" SIND DIE WIEDERHOLTEN VERSUCHE VON FPÖ, STAPO UND EBT (EINHEIT ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS), DIE URHEBERSCHAFT DER BRIEF- UND ROHRBOMBEN LINKSRADIKALEN GRUPPEN IN DIE SCHUHE ZU SCHIEBEN. DIE EBT ERMITTELT „IN ALLE RICHTUNGEN", DIE STAPO LEISTET ZUBRINGERDIENSTE UND JÖRG HAIDER NUTZT SEINE GUTEN VERBINDUNGEN, UM BESTIMMTE „ERKENNTNISSE" STRATEGISCH GÜNSTIG FÜR SICH ZU BENUTZEN.

Ebergassing und die darauffolgende Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus paßt denen ins Konzept, die die Briefbomber irgendwo, nur nicht in ihrem eigenen Umfeld sehen wollen.

"LECHTS = RINKS"

Plötzlich ging es nicht mehr um den Terror der BBA, sondern um das „linke Spinnennetz des Terrors", es wurde nicht die AULA verboten, sondern dem TATBLATT und in weiterer Folge fast sämtlichen kritischen linken Zeitschriften die Subventionen gestrichen. Jüngstes Opfer der Repression ist nun der anarchistische Revolutionsbräuhof (RBH). Die Wiener Staatspolizei ermittelte in Sachen Ebergassing das Umfeld eines Verdächtigen. Dabei kamen sie drauf, daß dieser vor zehn Jahren mal beim RBH gewesen ist. Das reichte natürlich für vier Hausdurchsuchungen, zur Beschlagnahme von zwei EDV-Anlagen und zu gerichtlichen Voruntersuchungen gegen mindestens 23 Personen! Diese Untersuchungen werden unter anderem wegen verbrecherischem Komplott, Bandenbildung, Unterlassung der Verhinderung einer strafbaren Handlung und Anstiftung zu Brandstiftung und Mord durchgeführt!

Aber es blieb nicht bei der Umdeutung der Gefahr. Immer öfter wurden Gerüchte laut, daß es sich bei der BBA selbst um Linksextreme handeln könnte, denn Ebergassing hatte „bewiesen", daß die auch Bomben bauen können.

Die Freiheitlichen Akademikerverbände haben sich in der Aula 12/95 die Mühe gemacht, ein eigenes Täterprofil der BBA zu erstellen. Sie kommen u.a. zu folgenden „Ergebnissen": Die Täter könnten sich in Deutschland befinden und sich dort die technischen Kenntnisse ehemaliger Stasi-Mitarbeiter erkauft haben; mit ihren Aussagen über Radl und Binder hätten sie diesen *absichtlich* geschadet; die historischen Kenntnisse der Bekennerbriefschreiber wirkten *angelesen*; die Täter trieben die Kriminalisierung des freiheitlichen Spektrums *wissentlich* voran; die österreichischen Mittäter könnten Rechtsextremismus-Experten mit guten Kontakten und einschlägigem Wissen sein.

"RÜCKSICHTSLOSE BOMBER"?

Laut AULA müssen die Täter nämlich wissen, „daß ihre terroristischen Aktionen den Hintergrund zu einer beispiellosen Kampagne gegen nationalfreiheitliche Vereinigungen liefern und dazu benützt werden, das gesamte freiheitliche Spektrum zu kriminalisieren". ●

Schwarz-braun

Der Name der Rose

Eine weisse Rose angesteckt, marschierten die 53 Nationalratsabgeordneten der ÖVP am 15. Jänner in den Plenarsaal, um mit den rot-weiss-rot beschmückten 40 Freiheitlichen deren Flügelmann Brauneder zum dritten Nationalratspräsidenten zu wählen. VP-Klubchef Khol, der diesen schwarz-braunen Coup einfädelte, hatte wenigstens soviel Geschmack, die weisse Rose nicht als Symbol der gleichnamigen antinazistischen Widerstandgruppe zu präsentieren, sondern - fälschlicherweise - als Zeichen der Christlichsozialen Fraktion im Reichsrat. Zu Recht: Die ÖVP-Vorläufer stellten die erste antisemitische Massenpartei dar.

Andreas Khol

Vorgeschichte

Jörg Haiders Auftritt bei den NS-Gruftis von der Kameradschaft IV am Rande der letztjährigen „Ulrichsbergfeier" bzw. seine dort gezollte Anerkennung der Waffen-SSler als „anständige Menschen (...), die einen Charakter haben und ihren Überzeugungen bis heute treu geblieben sind", machte es zunächst auch für die ÖVP unmöglich, eine/n MandatarIn aus dem Kreis der FPÖ ins Präsidium des Nationalrates zu wählen. Zumal diese wenig Bereitschaft zeigten, sich von „Haiders Lob für die einstige Elitetruppe des Dritten Reiches" (Andreas **Mölzer**, JF 2/96) zu distanzieren. Die Freiheitlichen reagierten darauf mit der Drohung, ihrerseits die VPlerin **Klasnic** nicht zur steirischen Landeshauptfrau zu küren. Das wirkte: Haiders Behauptung, in der FPÖ gebe es „niemanden (...), der sich auch nur eine Sekunde lang mit den Greueltaten, Verbrechen und der Menschenverachtung des NS-Regimes identifiziert", ging bei der ÖVP plötzlich als „Distanzierung" durch. Nun stieß sich der VP-Klub nur mehr daran, wie Herbert **Haupt** bislang als dritter Nationalratspräsident agierte. Der FPÖ als drittstärkster Partei stehe jedoch dieser Posten zu. Andreas **Khol**, laut Mölzer das „ideologische Rückgrat" (JF 48/95) der ÖVP, kommentiert den Gesinnungswandel: „Niemand darf ein Interesse daran haben, eine Million Österreicherinnen und Österreicher durch einen Geschäftsordnungsbeschluß in das Eck des Nationalsozialismus zu stellen. Das verlangt auch unser Patriotismus."

Auch Waltraud Klasnic, die von sich behauptet, sie wolle „Landeshauptmann werden und nicht Geschichtslehrer", sah nun ihre Felle davon schwimmen. Die Nicht-Geschichtslehrerin über die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen: „Ich wünsche mir, daß diese Diskussion jetzt aufhört. Ich glaube, daß es niemanden von uns gut tun kann, vor allem den jungen Leuten nicht, wenn sie dauernd nur diese Diskussionen hören, immer diese Debatten über die Zeit vor 50 Jahren - das halt´ ich fast nicht mehr aus. (...) Wir müssen uns um die Probleme von jetzt kümmern."

Das tat nun Khol gemeinsam mit Herbert **Schambeck**, dem VP-Ultra im Bundesrat: Man machte sich auf die Suche nach einem geeigneten F-Kandidaten für das hohe Amt und fand diesen auch schnell in Wilhelm **Brauneder**, laut Khol ein „würdiger Professor", der auch einen „würdigen Parlamentspräsident(en)" abgeben werde. Zur Überraschung fast aller votierte also nun der VP-Klub geschlossen für jenen F-Recken, neben welchem Haupt geradezu als „Liberaler" erscheint. Während Khol selbst den schwarz-braunen Pakt als „Sieg der Demokratie" feierte, erkannten einige VPlerInnen rasch, wem sie da die Steigbügel gehalten haben. Für Wiens VP-Chef Görg war die Wahl eines „Ewiggestrigen" zum dritten Nationalratspräsidenten durch seine Parteifreunde „sehr enttäuschend". Prominente Abgeordnete wie **Stummvoll**, **Moser**, **Rasinger** oder **Morak** fühlten sich von ihrem Klubobmann über den Tisch gezogen, wohingegen deklarierte Kleinkoalitionäre wie **Kukacka** oder **Kiss** zu ihrem Votum standen. Die deutlichsten Worte kamen wieder aus der Steiermark: VP-"Vordenker" Bernd **Schilcher** fühlte sich angesichts der Veröffentlichungen zu Brauneders Rolle im organisierten Rechtsextremismus an die „McCarthy-Ära" erinnert. Schilcher wütend: „Wenn wir jetzt anfangen, alles zu untersuchen, kommt noch die Zeit, wo ein Anti-Arier-Ausweis verlangt wird."

Der medial arg zersauste Khol biegt nun seinen „Verfassungsbogen" zurecht, um Brauneder und KameradInnen rein zu bekommen: „Wer definiert eigentlich was rechtsextrem ist? Doch nicht das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands.(...) Wer nicht gegen das NS-Verbotsgesetz oder gegen das Strafgesetz verstößt, kann von mir jederzeit in ein demokratisches Amt gewählt werden." (profil 5/96)

Die Senkung der politischen Toleranzschwelle gegenüber der faschistischen Konkurrenz war innerparteilich durchsetzbar, was Haiders „Dritte Republik" wieder ein wenig wahrscheinlicher machte.

Während Obmann **Schüssel** noch betreten schweigt, gibt das offizielle Organ der ÖVP deren Marschrichtung auch für die Zukunft bekannt: „Die Wahl des 3. Nationalratspräsidenten, gegen den erbitterten Widerstand der vereinigten Linken und Liberalen, sollte die SPÖ zum Nachdenken anregen. Denn nicht alles, was dem Machtanspruch der Sozialdemokratie dient, ist automatisch demokratisch, nicht alles, was von der FPÖ kommt ist automatisch schlecht." (Neues Volksblatt, 16. 1. 96)

BRAUNZONE

Bürgerliche Kommentatoren zeigten sich angesichts derartiger kleinkoalitionärer Geplänkel enttäuscht und entsetzt: „Die ÖVP ist unter Schüssel zu einer zynischen Partei geworden, nur auf den eigenen Machtvorteil ausgerichtet. (...) Für diese ÖVP gilt daher bis auf weiteres nur noch ein Diktum: Als Bürgerlicher muß man sich für sie genieren." (Hubertus Czernin, profil 4/96)

Doch soll der Zynismus und das Taktieren der ÖVP bzw. die Scham der Bourgeoisie unser Problem nicht sein. Das bürgerliche Feuilleton mag sich nach Schüssels später Absage an eine Koalition mit der FPÖ wieder beruhigen. Auch wenn er diese nicht mit politischer Distanz zu Haider begründet, sondern mit der knappen Mehrheit des Bürgerblocks von nur einem Mandat (so geschehen im Kurier vom 26. 1. 96).

Hier interessiert vielmehr, wie sich auf (außer)parlamentarischer und ideologischer Ebene ein neues altes Verhältnis zwischen Konservativismus und Faschismus herstellt. Unter diesem Aspekt erscheint die Wahl Brauneders nicht als Betriebsunfall, sondern als Ausdruck einer strategischen Wende der VP-Rechten.

Hans Rauscher trifft hier wohl ungewollt ins Schwarze, wenn er bemerkt, daß Brauneder „nicht einmal für die große Mehrheit der FPÖ-Wähler (zornige Arbeiter) repräsentativ (ist), sondern ein abgehobener akademischer Deutschtümler." (Kurier, 18. 1. 96) Tatsächlich spricht der anerkannte Jurist und honorige Universitätsprofessor ein sich - schon wieder - radikalisierendes konservatives Milieu an.

Dieses Milieu in und zwischen ÖVP und FPÖ - polemisch Braunzone genannt - setzt sich zusammen aus katholischen FundamentalistInnen und LebensschützerInnen (PRO OCCIDENTE, „Der 13.", „Die Weiße Rose" u.a.), habsburgtreuen Monarchisten (JUNGE EUROPÄISCHE STUDENTENINITIATIVE (JES), PANEUROPA BEWEGUNG u.a.), sowie aus deutschen und Austro-Faschisten, welche gerade an der Überwindung ihrer historischen Spaltung arbeiten.

Wurde der schwarz-braune Diskurs früher v.a. von der Grazer „Aula" organisiert, übernahm nach deren Outing als Vorlage der BBA-Bomber und der Verurteilung ihres „Schriftführers" nach dem NS-Verbotsgesetz die „Junge Freiheit" (JF) im Herbst '95 diese Funktion. Mit Rene **Lysander Scheibe** sitzt gleich ein nachwachsender Vertreter der Braunzone in der Redaktion der Österreich-JF. Lysander Scheibe, JES-Aktivist und „Weiße Rose"-Autor, flog aufgrund seines rechtsextremen Engagements 1994 aus der VP-Kaderschmiede CARTELLVERBAND (CV). Und genau hier - im katholischen Verbindungswesen - wird sich wohl oder übel entscheiden, ob und wann die Konservativen die Faschisten wieder in den Sattel heben. Der Ausschluß Lysander Scheibes ist zwar ein Ausdruck des Kräfteverhältnisses zugunsten der Demokraten, doch muß davon ausgegangen werden, daß dieses auch innerhalb des CV kippen kann. Seit geraumer Zeit sind seitens der Burschenschaften - die bis 1928 mit den „Cartellern" zwar getrennt marschierten, aber gemeinsam schlugen - Anstrengungen zu verzeichnen, die Gräben zum konkurrierenden akademischen Männerbund zuzuschütten.

Beim neuen alten Brückenschlag im bürgerlichen Lager kommt zunächst der Selbstbezeichnung der Nazis als „Konservative" zentraler Stellenwert zu. Dieses Signalisieren einer Zusammengehörigkeit wird dann in der Bestimmung eines gemeinsamen Feindes fortgesetzt: die vorgeblich hegemoniale „Linke", die Staat, Gesellschaft, Kultur und gar die Kirche durchdrungen habe.

Geeint in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber jeglicher Emanzipation, verharrt die schwarz-braune Allianz aber nicht in der klassisch-konservativen Abwehrhaltung, sondern schreitet zur gegenrevolutionären, faschistischen „Tat".

VOM KONSERVATIVISMUS ZUM AUSTROFASCHISMUS

Ein Jahr nach der Wahl Kurt **Waldheims** zum Bundespräsidenten ließ Michael Scharang den Stephansdom granteln: „Kaum wo ein Bürgertum, das so verkommen ist. Hielt von sich selber nichts. Warf sich Mussolini an den Hals, dann Hitler; erlangt erst nach 45 ein wenig Selbstständigkeit dank der aufopfernden Pflege durch die Sozialdemokratie."

Woher rührt diese Verkommenheit des österreichischen Bürgertums, daß sich gegenwärtig mal wieder einem starken Mann an den Hals zu werfen scheint?

Da wäre zunächst die Geburtsstunde des politischen Bürgertums im Scheitern seiner Revolution von 1848: Dieses wurde quittiert mit der Unterordnung unter Kaiser, Adel und Kirche. Der weitgehende Verzicht auf politische Partizipation wurde dem österreichischen Bürgertum mit der staatlichen Förderung bzw. Absicherung seiner ökonomischen Macht abgegolten. Nicht der Liberalismus als offensive Ideologie einer selbstbewußten Klasse auf dem Weg zur politischen Herrschaft, sondern der Konservativismus als defensive Ideologie der alten Eliten setzte sich so als die des Bürgertums durch. Seinen organisatorischen Ausdruck fand der Konservativismus zunächst in einer streng legitimistischen Honoratiorenpartei, getragen vom Adel, Großbürgertum und -grundbesitz sowie vom hohen Klerus. Das vom monopolistischen Kapitalismus zunehmend bedrohte Kleinbürgertum artikulierte seine Interessen ab den späten 80er Jahren des vorigen

Jahrhunderts in Form der CHRISTLICHSOZIALEN PARTEI. Mitbegründet wurde diese vom späteren Wiener Bürgermeister Karl **Lueger**, von dem **Hitler** in „Mein Kampf" schrieb, er habe bei ihm den Antisemitismus gelernt.

Der doppelten Herausforderung durch das Proletariat einerseits und dem Monopolkapital andererseits begegneten die Intellektuellen des von Pauperisierung bedrohten Kleinbürgertums mit dem ideologischen Rückgriff auf das Ordnungsmodell des mittelalterlichen Ständestaates. Die moderne Massenpartei der CHRISTLICHSOZIALEN, getragen auch vom niederen Klerus, entwickelte rasch selektiv-demokratische Züge, was ihr die Forderung der österreichischen Bischöfe nach einem Verbot durch den Papst einbrachte. Doch statt zu einem Verbot, kam es zu einem neuerlichen Bündnis: Gegen das organisierte Proletariat und den Zerfall des „Völkerkerkers" der Habsburger schlossen sich KONSERVATIVE und CHRISTLICHSOZIALE Partei zusammen.

Als im Zuge der Revolution von 1918 Adel und Kaiser als Schutzmacht von Bürgertum und Klerus verloren gingen, mußte kurzfristig die Sozialdemokratie diese Funktion übernehmen. In ihrem Glauben an die Zivilisierbarkeit des österreichischen Bürgertums konnten die sozialdemokratischen Funktionäre dabei durch nichts erschüttert werden: Noch 1934 verweigerten sie den ArbeiterInnen die Waffen für den Kampf gegen den Faschismus.

Schon 1920 - die bürgerliche Herrschaft hatte sich konsolidiert und die faschistischen Heimwehren standen Gewehr bei Fuß - kündigten die CHRISTLICHSOZIALEN die Koalition mit den SOZIALDEMOKRATEN auf. Nun konnte - im Bündnis mit den „großdeutschen" Vorläufern von NSDAP bzw. FPÖ - damit begonnen werden, den „revolutionären Schutt" wegzuräumen. Dieser Rückbau des Sozialstaates erfuhr seine Beschleunigung in der Wirtschaftskrise, und 1933 kam die herrschende Klasse auch hierzulande zu sich selbst: Die Ausschaltung des Parlaments durch **Dollfuß**, zu dem sich VP-Klubchef Khol erst unlängst im „profil"-Interview (5/96) wieder offen bekannte, und die Etablierung der austrofaschistischen Dikatur mit dem Segen der Kirche läuteten die „Blütezeit des österreichischen Bürgertums" ein; „leider mit dem Schönheitsfehler, daß die damalige Regierung, die Struktur des bürgerlichen Lagers wiederspiegelnd, überwiegend aus illegalen Nazis bestand" (Scharang).

DIE „KATHOLISCH-NATIONALEN"

Aus dieser Durchdringung des österreichischen durch den deutschen Faschismus erklärt sich die Bedeutung der Zeit zwischen 1933 und 38 für aktuelle Bündnisbestrebungen. So weiß die Redaktion der BBA-Vorlage „Aula", „daß es historisch, ideologisch und philosophisch durchaus schlüssig sein kann, wenn Nationalliberale („Aula"-Euphemismus für Nazis, Anm.) und katholisch Konservative in Österreich miteinander Bündnisse eingehen. Diese müssen nicht nur taktisch begründet sein, sie können durchaus auch grundsätzlich fundiert werden." (10/92)

Brückenbauer Lothar **Höbelt**, F-Historiker an der Wiener Uni und JF-Kolumnist, beim Fundieren: „Den großen Versuch, die überkommenen Lagergrenzen angesichts der Herausforderungen einer neuen Zeit hinter sich zu lassen, stellte (...) selbstverständlich die Heimwehrbewegung der Zwischenkriegszeit dar." (Aula 10/92) Höbelt verwahrt sich zu Recht dagegen, diese paramilitärische Formation alleinig dem österreichischen Faschismus zuzuorden und führt da vielmehr den Namenspatron des aktivsten BBA-"Kampftrupps" an: „In weiten Teilen Österreichs waren hier vielmehr die Nationalen führend - auch Starhemberg zählte anfangs zu ihnen." (ebd.) Neben dem Heimwehrführer **Starhemberg** hängt Höbelt in seine politische Ahnengalerie u.a. Othmar **Spann**, Taras **Borodajkewycz** und den 1946 als NS-Kriegsverbrecher hingerichteten „letzten Bundeskanzler" Arthur **Seyß-Inquart**. Da Höbelt seine „Katholisch-Nationalen" nicht als das bezeichnen will bzw. kann, was sie waren, muß er sie zunächst von der „aufstrebende(n) NS-Bewegung" abtrennen und dann behaupten, diese sei Hitlers Fünfter Kolonne „nicht zuletzt deshalb attraktiv erschienen, weil sie ein Abgehen vom herkömmlichen Lagerdenken zu symbolisieren schien und eine breite, volkstümliche Basis versprach" (ebd.).

Mit der Behauptung eigen- und anständiger „Katholisch-Nationaler", die quasi auf den NS hereingefallen sind, appellieren Höbelt und die „Aula" an die neuen Brückenbauer in der ÖVP. Der „National-Konservative" (Höbelt über Höbelt) betont da lange vor der Wahl Brauneders die Interessengleichheit zwischen Faschisten und Konservativen und die gemeinsame Betroffenheit angesichts eines „schwer verdaulichen Anpassungsdruck(es) seitens diverser präpotent-intoleranter Meinungsmacher" (ebd.). Auch Andreas Mölzer setzt sich in der „Aula" 10/92 in ein Boot mit „hochkonservativ-katholische(n) Kreise(n)": Nazis wie reaktionäre Kleriker „haben heute den gleichen linksextremen, antifaschistisch bewegten Gegner."

Einen gemeinsamen Gegner nennt in dieser „Aula"-Ausgabe auch Bischof Kurt **Krenn**: Im Gespräch mit Jürgen **Hatzenbichler** erkennt er, „daß man den Marxismus sehr schnell ersetzen kann durch einen genauso gottvergessenen Liberalismus." Da Krenn den „Dialog zwischen nationalliberalem Lager (...) und Kirche" für „sehr wünschenswert" hält, überraschte auch sein Auftritt bei der Grazer Ab-

AUF EINE FRAUENZEITSCHRIFT
Feministische Analysen in 4 Schwerpunktheften jährlich
AUF-Info: 6x im Jahr geballte Frauen-News und Termine
Ich möchte:
❑ ein Probeheft
❑ ein AUF-Abo (S 190,–)
❑ ein AUF-Info-Abo (S 50,–)
Name: .....
Adresse: .....
.....
Unterschrift .....
An
AUF-Eine Frauenzeitschrift
Postfach 817
A-1011 Wien

schlußkundgebung für das „Österreich zuerst"-Volksbegehren der FPÖ im Jänner '93 kaum. Umsomehr, als er ein paar Wochen zuvor im „Aula"-Interview das „Nationale" zum „legitimen Lebensinteresse eines Volkes" erklärte.

Der Zustand des gegenwärtigen Katholizismus erlaubt nicht nur Haider, sich als frommen Kirchgänger darzustellen, auch der bewaffnete Arm der Rechten, die BBA, schreibt in ihrem Bekennerbrief vom 25. 2. '95: „In diesem Land sind Personen willkommen, die aussehen wie wir, die beten wie wir, die sprechen wie wir und die sich nicht gegen uns zusammenrotten, sondern zu uns gesellen."

Zum geselligen Beten wie die alten Römer lud am 12. 10. '95 der österreichische Kurienkardinal im Vatikan, Alfons **Stickler**, in die Wiener Karlskirche. Stickler, Stargast bei der feierlichen Umbenennung der italienischen Faschisten in ALLEANZA NAZIONALE, konnte zur Messe nach dem „Tridentinischen Ritus" im Gedenken „an den großen Abwehrsieg gegen die Türken" (Der 13. 10/95) neben Haider und Waldheim den stellvertretenden F-Klubobmann Ewald **Stadler** und den mittlerweile geschaßten F-Abgeordneten John **Gudenus** begrüßen. Die Wiener ÖVP war durch den Ex-Landtagsabgeordneten Karl **König** und ihre beiden Spitzenmänner Görg und **Prochaska** vertreten, Brückenbauer Khol - eigentlich ein „christlichkonservativer Fundamentalist" (JF 42/95) - muß hingegen verhindert gewesen sein.

RETTUNG DES ABENDLANDES

Die schwarz-braune Allianz mit dem Segen fundamentalistischer Bischöfe kämpft nicht nur gegen einen neuerlichen Ansturm der „Türken", Gefahr droht dem „Abendland" auch von innen her: Krenns „gottvergessener Liberalismus", der Feminismus, die Pornographie, die anti-autoritäre Erziehung, die aktionistische/abstrakte Kunst u. v. m. baut sich da zur groß angelegten Verschwörung zusammen. Im „Kampf der Wiegen" wird die inländische Frau an ihre vorrangige Funktion, das Gebären, erinnert. Die patriarchale Zwangsgemeinschaft Familie wird von den konservativ-faschistischen Rettern zur Keimzelle des Staates erhoben. Und dieser Staat soll als starker bzw. autoritärer reorganisiert werden, wobei für den ehemaligen JF-Redakteur Hans Ulrich **Kopp** der „Aufbau des katholischen Kirchenwesens" als „Vorbild" dient.

Der Münchner Burschenschafter („Danubia") und „Vertriebenen"-Aktivist („Witikobund") legte sein Ordnungsmodell am 20. 11. '93 in Innsbruck anläßlich einer JF-Präsentation dar. Kopp war es auch, der 1993 gemeinsam mit Michael **Hageböck** („Weiße Rose", „Der 13.") und der Innsbrucker Ortsgruppe der FREIHEITLICHEN STUDENTENINITIATIVE (FSI) die erste JF-"Sommeruniversität" in Konstanz organisierte. Das als „Konservative Genossenschaft" titulierte Treffen, in dessen Rahmen auch eine Messe nach dem alten Ritus abgefeiert wurde, beehrten mit Vorträgen u.a. die österreichischen Braunzonen-Promis Roland F. **Schwarzer**, Friedrich **Romig** und Erik **Kuehnelt-Leddhin**. Andreas Mölzer tauschte sich dort mit dem nunmehrigen Rep-Führer Rolf **Schlierer** darüber aus, wie das „Modell Haider" nach Deutschland exportiert werden könnte.

Kuehnelt-Leddhin, von der JF als „Repräsentant aller erster Klasse des k. u. k. österreichischen Bluts- und Bildungsadels" vorgestellt, begründete seinen Ruf als „Demokratiekritiker" schon in den 50er Jahren mit dem Machwerk „Freiheit oder Gleichheit. Die Schicksalsfrage des Abendlandes". Er radikalisiert konsequent die Ablehnung sozialer Gleichheit zur Ablehnung auch der politischen Gleichheit. In Konstanz präsentierte Kuehnelt-Leddhin seinen idealen Staat als „organisch herangebildete und hierarchisch gegliederte Regierungsform" nach dem Vorbild der absoluten Monarchie. Der adelige Autor für „Criticon", „Aula" und „Weiße Rose" referierte 1993 übrigens auch beim VP-AKADEMIKERBUND in Wien. Am 10. Mai '94 beweinte Kuehnelt-Leddhin auf einer Veranstaltung der JES-Wien wieder den Verlust der „vertikalen Ordo" und behauptete während der so verhaßten Französischen Revolution sei „der Genozid bedeutend ärger als unter den Nazis" gewesen, weil in „Frankreich öffentlich (war), worüber während des Nationalsozialismus, der politisch links steht, nicht gesprochen werden durfte." Dieses Zuschlagen des NS zur egalitären Linken, hat im Neo-Konservativismus Methode: Es dient der Ablenkung von der eigenen Steigbügelhalter-Funktion sowie vom gemeinsamen sozialen Gehalt der beiden Ideologien/Formen bürgerlicher Herrschaft. Während Ernst **Nolte** 1964 im deutschen Faschismus noch „ein echtes, durch die Kontinuität der Gedanken und Einstellungen klar identifizierbares Phänomen des Konservativismus" erkannte, macht sein Schüler Rainer **Zitelmann** aus Hitler heute einen „Revolutionär".

John Gudenus

Romigs Ausführungen an der JF-"Sommeruniversität" gerieten zur „Hommage an den katholischen Staatsrechtler Carl Schmitt". Bischof Krenns vormaliger EU-Berater, Autor u.a. in „Aula", „Weiße Rose", JF und „Die Presse", hält aber nicht nur den (prä)faschistischen Juristen **Schmitt** hoch, auch Othmar Spanns Ständestaat hat es ihm und seinesgleichen angetan.

Roland F. Schwarzer (PRO OCCIDENTE), der im Sommer '93 für die JF über den „Kirchenkampf gegen Krenn" schrieb und dort betonte, „daß der Chef der einst antiklerikalen FPÖ, Dr. Jörg Haider, sich als einziger Spitzenpolitiker in aller Deutlichkeit hinter den Bischof stellte" (JF 7-8/93), nahm in Konstanz eine „konservative Standortbestimmung" vor.

DIE „BÜRGERLICHE WENDE"

Im November '95 verlangte Schwarzer - der übrigens einer Zeugenladung zum Wiener Briefbombenprozeß nicht nachgekommen ist - in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des PATRIOTISCHEN CLUBS

„im Falle des Fortbestandes einer bürgerlichen Mehrheit eine Schwarz-Blaue Koalition" (Der 13. 11/95). Um was handelt es sich nun bei dieser von Schwarzer als „Vereinigung von Politikern und politisch interessierten Bürgern aus den Lagern von ÖVP und Freiheitlichen" vorgestellten Brückenbautruppe mit dem pathetischen Namen PATRIOTISCHER CLUB - BESSERES ÖSTERREICH?

Auf Einladung des antisemitischen Publizisten und Waldheim-Kämpfers Kurt **Dieman** versammelten sich im September '93 die schillerndsten Figuren der Braunzone in Wien, um den „Club" aus der Taufe zu heben. Aus dem gebetsartigen Gründungsaufruf, welchen auch Andreas Mölzer unterzeichnete:

„**SOS Mitbürger!**

Verbündet Euch und sammelt Eure Kräfte im Kampf gegen Volks- und Heimatfeindlichkeit und die Preisgabe Österreichs an internationale Mächte!

SOS Kulturbewußte!

Verbündet Euch und sammelt Eure Kräfte im Kampf gegen Kulturfeindlichkeit, Kulturabbau und Zerstörung unserer kulturellen Identität unter dem Vorwand von 'Freiheit der Kunst_ und 'Multikultur_!

SOS Christen und gläubige Menschen!

Verbündet Euch und sammelt Eure Kräfte im Kampf gegen Herabsetzung und Unterminierung religiöser und moralischer Werte, Einrichtungen und Überlieferungen!"

Diesem Aufruf zur Einigung des bürgerlichen Lagers folgten neben Mölzer, Dieman und Schwarzer u.a. der (J)F-Revisionist Höbelt, Friedrich Romig, Josef Feldner vom KÄRNTNER HEIMATDIENST (KHD), BH-Oberst und Noch-NRAbg. John Gudenus, Karl König, der Klagenfurter VP-Bürgermeister Leopold **Guggenberger**, der ehemalige VP-Justizminister Hans **Klecatsky**, Nikolaus **Rosam** (JES, „Weiße Rose"), der damalige Obmann des VP-AKADEMIKERBUNDES in Wien, Christian **Zeitz**, sowie der erfolglose VP-Vorzugsstimmenkandidat Matthäus **Thun-Hohenstein** („Weiße Rose").

Diese Phalanx aus Aristokraten und Bildungsbürgern, aus Faschisten und Konservativen trat nun an, um die ÖVP für eine Koalition mit der FPÖ zuzurichten. Wenn dabei auch einige VP-Landesorganisationen, allen voran die Niederösterreichische und die Steirische, und Teile des „Arbeitnehmerflügels" ÖAAB erfolgreicher gewesen sein dürften, wurde die im Vorjahr erfolgte Ablöse **Buseks** durch Schüssel bzw. der damit verbundene Aufstieg Andreas Khols von den „Besseren Österreichern" begrüßt. Doch der Grad der Ent-Liberalisierung der ÖVP läßt für die rechte Lobby noch zu wünschen übrig: Zwar habe sich laut Dieman „die ÖVP im letzten Jahr wieder ihrer `christlichen Grundlagen´ besonnen", doch werde immer noch „jede `christliche´ Aussage sofort mit `liberalem´ Gesäusel paralysiert." (Der 13. 11/95) Aber auch mit dem wendigen Jörg Haider haben die Fundis so ihre Probleme, zumal seiner „intimen Umgebung (...) - der sogenannten `Buberlpartie´ - ein Haugout an(haftet), das auf sensiblere Naturen abstoßend wirkt." (ebd.) V. a. aber habe Haider „den Versuch einer Sammlung aller patriotischen Kräfte im `Patriotischen Club - Besseres Österreich´ weitgehend ignoriert, ja sogar durch plötzliche Entmachtung des `Verbindungsmannes´ Andreas Mölzer in einer entscheidenden Aufbauphase förmlich sabotiert. Außerdem hat Haider noch zwei für Christen und Patrioten beachtliche Identifikationsfiguren in der F(PÖ) verloren: Hans Pretterebner ist aus eigenem Antrieb gegangen; John Gudenus wurde unter fadenscheinigen Vorwänden hinausgetrieben." (ebd.)

„GASKAMMERN?"

Spätestens hier muß auf die relative Eigenständigkeit der Braunzone hingewiesen werden. In der FPÖ geht mann einerseits auf Konfrontationskurs zur „Buberlpartie", andererseits ergibt sich allein aus der sozialen Interessenlage ein ambivalentes Verhältnis zur national-"sozialistischen" Option. Diese vertrat jüngst Günther **Rehak**, als er in der JF verlangte: „Die FPÖ müßte über den Schatten der bewegungseigenen Hausbesitzer und Grundstückspekulanten springen und klar das Ziel einer nationalen Arbeiterpartei anpeilen." (51-52/95) Bei der - für eine faschistische Massenpartei notwendigen - Klärung des Verhältnisses zwischen der Sicherung bürgerlicher Herrschaft/kapitalistischer Vergesellschaftung und der über Sozialdemagogie und Rassismus hergestellten massenhaften Zustimmung, bezieht die JF durchaus widersprüchliche Positionen.

Haiders Rezept der Einbindung von „Quereinsteigern" aus der Wirtschaft wird im völkischen Wochenblatt jedoch einhellig zurückgewiesen. Die JF-Analyse der FPÖ-Niederlage in Wien (-2,5%) bei der NR-Wahl 1995 kommt zum Ergebnis, daß „in den Arbeitnehmerschichten das Auftreten des als kapitalistisch empfundenen FPÖ-Kandidaten, des Industriellen Prinzhorn" (51-52/95) den FREIHEITLICHEN geschadet hätte. Dabei übersehen die JF-Recken jedoch, daß die Kandidatur des Ex-VP-Wirtschaftsbündlers **Prinzhorn** seinen Sinn v.a. nach der Wahl machen sollte: Der Papierindustrielle, der bis 1993 als Spitzenfunktionär der VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER tätig war, hätte wohl an Haiders statt in eine schwarzbraune Regierung ziehen und diese so erst ermöglichen sollen. Doch wollte der VP-Wirtschaftsflügel dieses Signal (noch) nicht wahrnehmen.

Am „Fall Gudenus" zeigte sich dann, wie rechter Fundamentalismus schon mal zur Kritik am Führer geraten kann. Der F-Parlamentarier mußte bekanntlich nach seinem revisionistischen Sager („Gaskammern? Ich halte mich da raus. Ich glaube alles, was dogmatisch vorgeschrieben ist.") den Abgeordnetensessel räumen. Die JF feiert ihn darauf als einen, der „konservatives Gedankengut (...) nicht diffusen wahltaktischen Überlegungen (opferte)" (45/95). Gudenus, der sich zur Zeit auf seine ORGANISATION FREIHEITLICHE KATHOLIKEN zurückzieht, sei das Opfer einer „kleine(n), aber mächtige(n) Gruppe, zwar von der Basis weit entfernt, dem Vorzimmer Jörg Haiders aber umso näher" (ebd.). Abschließend machen sich die Brückenbauer Mut: „Auch wenn der Mann, der der Partei den Zugang zum katholisch-konservativen Lager geöffnet hat, nicht

mehr ist, so wurde doch für diese Wählerschicht die ÖVP unwählbar." (ebd.)

Neben den „Konservativen" in den eigenen Reihen, haben es der JF die in den anderen angetan: Dem ex-Landeshauptmann in der Steiermark, Josef **Krainer** (ÖVP), zollt mann da bspw. Tribut als „christdemokratisch-freiheitlicher Querverbinder" (51-52/95). Im Jänner freut sich die JF dann über den „Vorzugstimmen-Achtungserfolg für Karl Habsburg" (2/96) bei der letzten Nationalratswahl. **Habsburg**, Präsident der PANEUROPABEWEGUNG ÖSTERREICH und voraussichtlicher Spitzenkandidat der Salzburger VP im kommenden Euro-Wahlkampf, sei als „kämpferischer Antisozialist" „ein Mann mit politischer Zukunft" (ebd.). Die JF läßt den Kaiserenkel, in dessen „Aussagen zur Kulturpolitik (...) der Gleichklang mit Jörg Haider unverkennbar (ist)" auf die Frage, ob er nicht bei „den Freiheitlichen besser beheimatet wäre", antworten: „Obwohl ich mit vielen Forderungen der Freiheitlichen übereinstimme, passe ich doch besser in die ÖVP." (ebd.)

Schon ein paar Wochen zuvor fand sich in der JF ein Interview mit dem JES-Bundesvorsitzenden Christoph **Zellenberg**, der dort hofft, „daß es den Konservativen unter Schüssel gelingen wird, eine stärkere Mitsprache in der ÖVP zu erlangen" (46/95). Zellenberg werkt nebenbei als Redakteur der „Paneuropa Österreich". Das Monarcho-Blatt wird von Johannes **Eidlitz** mitherausgegeben, welcher auch für die legendäre „edition THEMEN" des Grazer „Leopold Stocker Verlages" als Herausgeber eines Büchleins agierte. In dieser Bibliothek der Braunzone schrieben schon die ehemaligen VP-Obmänner Alois **Mock** und Josef **Riegler**.

V.a. aber hat es der JF Andreas Khol, „eine der Schlüsselfiguren für die Schaffung einer nichtsozialistischen Regierung" (JF 42/95), angetan: Neben den zahllosen Hymnen auf das „ideologische Rückgrat" der ÖVP hätte Ende vergangenen Jahres ein Interview weitere Signale senden sollen. Khol ließ sich zwar von Mölzer befragen, bekam aber dann kalte Füße und verweigerte die Autorisierung des Interviews.

Die JF nimmt´s mit Höbelt: „Man kann ruhig auch weiterhin getrennt marschieren. Gemessen wird man daran, ob vereint geschlagen wird." (JF 51-52/95)

„TOP" IN FORM

Mit Hans **Pretterebner** verlor die FPÖ laut Dieman eine weitere „für Christen und Patrioten beachtliche Integrationsfigur". Pretterebner, der sich nach seinem Rücktritt vom NR-Mandat im Vorjahr auf die Herausgabe des Monatsmagzins „TOP" konzentriert, zieht es innerhalb der Braunzone nun wieder mehr in Richtung ÖVP.

Zu „TOP"-Form läuft regelmäßig auch der Theologe Robert **Prantner** auf: Der ehemalige Studienleiter an der Politischen Akademie der ÖVP gilt als ideologischer Ziehvater von Andreas Khol, der sich jedoch später vom rabiaten Verschwörungstheoretiker abwandte. Prantner, Professor am Stift Heiligenkreuz, arrangierte 1993 Haiders medienwirksamen Besuch beim Papst und ließ sich im „Jahrbuch 1995" des FREIHEITLICHEN BILDUNGSWERKES über das so verhaßte „Freimaurertum" aus. In diesem „Jahrbuch" tischte auch der Politiologe und VP-Akademikerbündler Werner **Pfeifenberger** die Mär von der internationalen Verschwörung des „Judentums" auf. Im Oktober '95 attestierte nun Prantner in einem Gutachten über Pfeifenbergers Auslassungen deren Unbedenklichkeit, wobei er gleich vorneweg einräumt, daß dem Gutachter nicht „kritikloser Philosemitismus" nachgesagt werden könne.

Der ÖVP rät „TOP" heute den Gang in die Opposition angesichts der Unmöglichkeit „einer Koalition mit einer Partei, deren Führer sich durch haarsträubende Aktionen immer wieder selbst ausgrenzt." (1/96) Das Team um Pretterebner arbeitet sich daher an der Präsentation einer paktfähigen, demokratischen und „bürgerlichen" FPÖ ab. Dabei kommen nicht nur „liberale" FPler wie Erich **Reiter** oder Jens **Tschebull** zu Wort, auch der FAZ-Korrespondent in Wien, Andreas **Razumovsky**, führt dort Haider als zivilisierten Vertreter der „Leistungswilligen" vor. Dieses - auch „Entdämonisierung" genanntes - anti-antifaschistische Geschäft der Normalisierung der FPÖ betreiben auch die „Presse"-Größen Otto **Schulmeister** und Gerd **Bacher**. Die beiden Doyens konservativer Publizistik kämpfen gegen eine „Ausgrenzung" Haiders und wollen Österreich aus der „Antifa-Geiselhaft" (Bacher) befreien.

Apropos „Presse": Wie es um den Erfolg der Bemühungen der Braunzone, die „Dritte Republik" als mögliche Krisenlösungsvariante ins Spiel zu bringen, bestellt ist, läßt sich wohl auch am Zustand der von Industrie und ÖVP finanzierten Tageszeitung ablesen: Nach dem Austausch des Chefredakteurs sieht die JF eine „Chance, Österreichs bester Tageszeitung wieder eine wirklich konservative Linie zu verpassen" (JF 48/95). Tatsächlich ließ sich „Die Presse" nicht lange lumpen und schaltete ihrerseits JF-Anzeigen. Am 19. Jänner '96 fand sich nun im Zentralorgan des österreichischen Bürgertums auch noch ein Werbeinserat der „Aula": „Links ist links - was ist die AULA?"

Rechts wird rechts... ●

EINE GESCHICHTE IST DANN ZU ENDE GEDACHT, WENN SIE IHRE SCHLIMMSTMÖGLICHE WENDUNG GENOMMEN HAT.

[Friedrich Dürrenmatt]

Bündnisthema ANTIKOMMUNISMUS

Die Wiener Liste Kritischer Studenten (LKS) des ex-Kaders der wegen NS-Wiederbetätigung aufgelösten ANR, Peter **Franke**, machte Ende 1995 ein Österreichisches Dokumentationsarchiv des demokratischen Widerstandes-ANTIKO auf. Dort erschien als „erstes Werk einer Reihe von Arbeiten" das Büchlein „Linke Kulturpolitik in Österreich" von Walter **Marinovic**.

Martin Hobek
Anti-Antifa "Experte"
Penzingerstr. 138-140/3/5
1140 Wien
Tel.: 0222/ 894 84 51

Marinovic, Gründer und Leiter des Kulturforums Freie Kunst bei der F-Akademie, überarbeitete sein Machwerk „Diktatur des Häßlichen", das zuvor schon beim Grazer Leopold Stocker Verlag erschienen ist, für die auf Verschwörungstheorien spezialisierten Neonazis um Franke. Diese nennen das krude Pamphlet, welches auch über den „Aula-Verlag" zu beziehen ist, „eine messerscharfe Analyse der österreichischen Kulturszene", welche „einen wesentlichen Teil des großen neokommunistischen Schwindels (bearbeitet): Die sogenannte Gegenkultur".

Die LKS bzw. deren antikommunistisches „Archiv", das es sich zur Aufgabe gestellt hat, „linksextreme Aktivitäten (...) zu beobachten und einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen", hat nach Marinovic einen zweiten prominenten Streiter gegen den Antifaschismus aus dem Stall der Freiheitlichen aufzubieten: Martin **Hobek** (*19. 6. 1969), F-Bezirksrat in Wien 15 und Mastermind der F-Studiositruppe RFS, arbeitet bereits an einem „Werk über das linke Netzwerk in der österreichischen Medienlandschaft". Auch Hobek dürfte dabei auf schon Publiziertes zurückgreifen: Sein 1994 bei der F-Akademie erschienenes Buch „Molotow-Müsli" geriet ja bereits zum völkischen Bestseller.

Den versuchten Anschlag auf einen Strommasten in Ebergassing im April vergangenen Jahres, für den nicht nur die Nazis eine „grün-anarchistische", „antifaschistische" oder „neokommunistische Szene" verantwortlich machten, baute Marinovic bereits unter „Terrorbombe `Gegenkultur_" ein. Auch Hobek sucht fleißig nach neuen Belegen für die terroristische, rot-grüne Verschwörung. Dabei verschlug es ihn am 17. Jänner ins EKH, jenes besetzte Haus in Wien, von dem die LKS weiß, „daß in dieser roten Burg die Terroristen von Ebergassing ein und aus gingen." Hobeks Wunsch nach antifaschistischen Publikationen blieb jedoch unerfüllt, statt neuer Enthüllungen setzte es für den Anti-Antifa-Schnüffler einen Rauswurf.

LKS/ANTIKO-Boß Franke, der die Firma Text & Technik/Desktop Publishing in 1070 Wien, Ahornergasse 1/Stg.2 (Tel.: 526 22 79) betreibt und dort auch den Nazi-Dreck herstellt, nahm Ebergassing darüber hinaus zum Anlaß, ein alte Forderung aufzuwärmen: „Wäre es im Sinne der wehrhaften Demokratie und angesichts der monströsen kommunistischen Verbrechen in Geschichte und Gegenwart nicht längst an der Zeit ein Gesetz gegen kommunistische Wiederbetätigung zu schaffen? Ein Ebergassing ist genug!" („Kritische Studenten-Zeitung" Nr. 56/Dez. 1995) Ein entsprechender Aufkleber sollte dem Nachdruck verleihen, brachte der LKS jedoch bloß eine Klage der KPÖ ein.

Nicht gerade ein Auftakt nach dem Geschmack der ANTIKOs... ●

"Phoenix" AUS DER ASCHE

Der Vorarlberger Neonazi Walter **Ochensberger** (*1941) versuchte seit seiner Entlassung aus der „Gesinnungshaft" im Februar 1995, mit Blättern wie „Die Dritte Republik" oder „Top Secret" an die publizistischen Glanzzeiten von „Sieg" anzuknüpfen. Nun will er mit „Phoenix" endgültig ein „neues Kapitel in der nationalfreiheitlichen Publikationsgeschichte" aufschlagen.

Zum Jahreswechsel präsentierte Ochensberger sein jüngstes Produkt zum stolzen Stückpreis von öS 75. Sechs mal im Jahr soll „Phoenix" in 6922 Wolfurt (Tel.: 05513/2205) erscheinen und „als Symbol der ewigen Erneuerung des deutschen Volkes gelten, als Mythos der Auferstehung deutscher und somit europäischer Kultur" aus dem völkischen Blätterwald ragen.

Die erste Ausgabe bietet den bewährten Melange aus Rassismus („Chamberlain: Mein Glaube an Deutschland", „Sabotage am Erbgut der Völker"), Revisionismus („Holocaust: Formel für die Kriegshetze gegen Deutschland") und Neofaschismus („Wann kommt endlich der Dritte Weg?"). Ob es Ochensberger mit seinem „Phoenix" tatsächlich gelingt, „aus der Asche mit noch größerer Kraft wieder emporzusteigen", darf allerdings bezweifelt werden. ●

Evolution des Nazi-Terrors

Ende 1995 fing sich der unverbesserliche Altnazi Herbert Schweiger eine Anzeige wegen Verdachtes der NS-Wiederbetätigung ein. Grund dafür - sein jüngst veröffentlichtes Buch „Evolution des Wissens. Neuordnung der Politik."

In diesem Machwerk sorgt sich der ehemals hochrangige FPÖ-Politiker Helmut **Schweiger** über die „biologische Substanz der weißen Rasse" und schwört die LeserInnen auf eine „unausbleibliche Konfrontation" zwischen „der weißen und der gelben Rasse" ein. Laut Schweiger müssen „alle politischen Maßnahmen" ergriffen werden, denn „billige Arbeitskräfte, Asylanten und Rauschgifthändler" dringen „in den Ursprungsraum der weißen Völker ein". Um dies zu beenden, soll die „gegenwärtige Politik, die wesentlich vom jüdischen Geist des Rotschild'schen Dollarkapitalismus und des orientalischen Christentums im Verein mit der internationalen Pressemacht gelenkt wird" bekämpft und vernichtet werden. Dazu verfaßte der ehemalige Waffen-SSler „eine Generallinie für die wesentlichen politischen Entscheidungen und Zielsetzungen." Diese Gruseltheorie reicht von der Forderung nach „erbhygienischen Maßnahmen", über die Feststellung „der Sinn der Ehe ist das Kind" hin zum Aufruf „Kampf gegen die lebensfeindliche multikulturelle Ideologie".

Laut Impressum wurde Schweigers Buch von einer Arbeitsgemeinschaft für Philosophie, Geschichte und Politik herausgeben und von der im deutschen Augsburg ansässigen „J.P. Himmer GmbH" gedruckt. Für das Layout zeichnet Helmut Adolf **Schatzmayr** verantwortlich. Der in Klagenfurt wohnende Neonazi wurde gemeinsam mit seinem Weggefährten Andreas **Thierry** im Herbst vergangen Jahres wegen NS-Wiederbetätigung rechtskräftig zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Das braune Duo unterhält engste Kontakte zu Franz **Radl** jun. und wirkt als österreichische Führungscrew der in Deutschland 1992 verbotenen Neonazipartei Nationalistische Front (NF), deren Kader und Mitglieder sich in der Tradition der Massenmördertruppe Waffen-SS sehen und beständig durch Terroraktionen von sich reden machen. Für die NF und ihre Nachfolgeorganisationen wirkt Schweiger seit Jahren als Ideologe und Verbindungsglied zu wohlhabenden Altnazis. Zusätzlich tingelt der Mürzzuschlager Gastwirt von einem Neonazitreffen zum anderen, um seinen braunen Ungeist zu verkünden. So auch am 13. 11. 1994, als er bei einer Veranstaltung des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) im Münchner Umland als Referent auftrat.

Gemeinsam mit Lisbeth **Grolitsch** leitet Schweiger die in Graz ansässige fundamentalistische NS-Scharnieroragnisation Deutsches Kulturwerk und den mit ihr eng verzahnten Freundeskreis Ulrich von Hutten. Dieser führte im September vergangen Jahres ein Treffen im deutschen Sachsen durch. Unter der Leitung von Grolitsch wurde dabei versucht, die zukünftige Strategie der Alt- und Neonazis festzulegen. „Waren die Briefbombenattentate richtig, sollen sie fortgesetzt werden, gegen welche Personen sollen sich künftig Anschläge und Terror richten?", waren einige der Kernfragen der Tagung, wie ein sich als Teilnehmer eingeschlichener Journalist berichtete. ●

Quellen:
Mitteilungen des DÖW (Folge 124),
Frente (7/95)

Briefbomben-Grüsse aus Braunau

Für Karl **Polacek**, Anfang 1992 aus der BRD ausgewiesener ex-Vorsitzender der FAP in Niedersachsen, bescherte der der dritten Briefbombenserie zugerechnete Anschlag auf einen Lübecker SPD-Politiker im Juni 95 „einen Freudentag": „With love from Austria" titelte der 61 jährige Nazi daraufhin in seinem „Braunauer Ausguck" und bedankte sich bei der BBA „für die Grüße an das Lübecker Rathaus". Polaceks „Ausguck", als „Brief an meine Kameraden und Freunde in aller Welt" verschickt, erscheint unregelmäßig in Siezenheim bei Salzburg. Schon vor dem Juni kündigte Polacek dort angesichts des FAP-Verbotes verstärkten Terror an: Er und seine Skin-Kameraden würden nicht länger zögern, „die Drahtzieher und deren Handlanger des Systems in die Gosse zurückzutreten, aus der sie nach Versailles und 1945 gekommen sind." Polacek selbst griff ja schon mal eine deutsche Antifaschistin mit einer Axt an, was ihm acht Monate auf Bewährung einbrachte.

Der Elektrotechniker gehört zu den wenigen Nazis, welche die Urheberschaft der BBA-Bomben nicht aus den eigenen in antifaschistische, ausländische oder geheimdienstliche Reihen verbannen. Vielmehr droht er offen PolitikerInnen in Österreich und Deutschland: „Sie haben einen Sturm gesäht (sic!), und einen blutigen Taifun werden sie ernten." Polacek weiter im Herbst-"Ausguck": „Jetzt hat es einen Sozi in Lübeck erwischt. (...) Meine Freude ist rein und ungeteilt, wie eben Schadenfreude ist. (...) Natürlich ist das nur der Anfang. Mit ein paar abgerissenen Fingern gebe ich mich bei ODIN nicht zufrieden. (...) Ihr Sozi wolltet mein Haus mit Benzin übergießen, jetzt gehört ihr, samt eurer Brut übergossen und brennend zur Hölle geschickt, aus der ihr gekommen seid!" ●

Demütige Täterinnen - Krankenpflege im NS-Staat: Entwicklungen davor - Kontinuitäten danach

„Ein Geisteskranker verursacht 4 Reichsmark, ein Krüppel 5,5 Reichsmark, ein Verbrecher 3,5 Reichsmark tägliche Anstaltskosten. Nach vorsichtigen Schätzungen sind in Deutschland 300 000 Geisteskranke in Anstaltspflege. Wieviel Ehestandsdarlehen zu je 600 Reichsmark können von diesem Geld jährlich ausgegeben werden?“ (zit. n. Vogt S. 148)

Diese Rechenaufgabe aus einem NS-Schulbuch zeigt die propagandistische Verbreitung der grausamen kapitalistischen Nützlichkeitserwägungen. Diese wurden dann mit biologistischen Denkmuster vermengt, die sich „Rassenhygiene“ nannten: „Erbgesund“ ist demnach wer ver(mehr)wertbar, wer leistungsfähig und -willig ist. Das Individuum verliert an Bedeutung, es geht auf in der „Volksgemeinschaft“, die als Organismus gedacht wird, die geschützt und von „Ballastexistenzen“ gereinigt werden muß, da diese das Erbgut der „nordischen Rasse“ gefährden und einen unproduktiven Kostenfaktor darstellen. So wird die Medizin eine Gesellschaftstherapeutin, sie behandelt den ganzen „Volkskörper“, der „desinfiziert“ werden muß; d.h. es darf nur leben, wer dem verabsolutierten Gesundheitsbegriff entspricht.

Das Gesundheitswesen wurde zur Vernichtungsmaschinerie, in dem neben - oder eigentlich unter - Ärzten (und Ärztinnen) Krankenschwestern (-pfleger) arbeiteten und sich auch an den Morden der „Euthanasie“ beteiligten. Eine Begründung für den relativ reibungslosen Ablauf des Tötens sehe ich in der hierarchischen Unterordnung und dem Rollenverständnis der Krankenschwester, wobei beides geschlechtsspezifisch determiniert ist.

Daher möchte ich geschichtlich etwas weiter ausholen, um Rollenverständnis und Berufsethos erklären zu können.

Der Mann wird Arzt, die Frau wird Schwester

Die Tätigkeit des Heilens war im Mittelalter meist Frauen vorbehalten. Diese wurden jedoch vom aufkommenden Stand der akademischen Ärzteschaft verdrängt. Die Ärzte wurden in Universitäten ausgebildet, die der Kirche unterstellt und zu denen nur geistliche und später adelige Männer zugelassen waren. War im 14./15. Jh. in den Städten das Monopol auf das Heilen für die akademischen Ärzte gesichert, so gestaltete sich dessen Durchsetzung in ländlichen Gebieten schwieriger. Dies gelang schließlich durch die „Hexen“verfolgung, bei der Heilerinnen und Hebammen die Gruppe von Frauen waren, die ihr am stärksten ausgesetzt waren. So heißt es im „Hexenhammer“ (von 1487, einem der wichtigsten Gesetzbücher der Inquisition): „Niemand schadet dem katholischen Glauben mehr als die Hebamme.“ (zit. n. Bischoff S. 41) Die akademischen Ärzte waren an der „Hexen“verfolgung aktiv beteiligt, da sie bei Inquisitionsgerichten entschieden, ob eine Angeklagte (selten waren es Männer) krank oder verhext war.

Die „Hexen“verfolgung fand nicht nur im Mittelalter statt, sondern hatten ihren Höhepunkt in der Neuzeit und wurde erst 1768 offiziell abgeschafft. Sie begleitete also den Aufstieg des Bürgertums und die Herausbildung kapitalistischer Produktionsweisen.

Hier seien lediglich zwei Auswirkungen dieses Massenmordens erwähnt:

1. Die Medizin wurde eine männliche universitäre Domäne. Die akademischen Ärzte setzten ihr Monopol auf das Heilen gewaltsam durch. Damit schufen sie sich die Macht, zu entscheiden wer krank bzw. wer gesund ist und die Voraussetzung, sich alle anderen Berufe im Gesundheitswesen unterordnen zu können.
2. Frauen wurden allgemein aus dem öffentlichen Leben, die bürgerliche Frau in die Abgeschlossenheit des Haushaltes gedrängt, was eine wichtige Voraussetzung für die volle Ausbildung der bürgerlichen Frauenrolle als Hausfrau und Mutter und der damit verbundenen für den Kapitalismus so wichtigen Reproduktionsarbeit war, während der Zwang zur Lohnarbeit für die proletarische Frau immer größer wurde.

Da Hausarbeit nicht über den Markt vermittelt wird, keine Waren im engeren Sinne produziert, als „private“ Arbeit erscheint und das Haus und die Familie zum Freizeitbereich des Mannes wurden, erfuhr sie eine gesellschaftliche Entwertung. Gleichzeitig wurde sie aber als „Liebestätigkeit“, als „Natur“ und „Wesen“ der Frau idealistisch überhöht, als Frau-Sein schlechthin interpretiert.

Die Ideologie von den „Geschlechtscharaktären“ unterschied genau zwischen Mann und Frau, erklärte deren vermeintliche Unterschiedlichkeit als „natürliche Wesenszüge“ und stellte sie in ein hierarchisches Verhältnis zueinander. Die angebliche „Natur“ der Frau wurde ausgehend von der Fortpflanzungsfähigkeit dargelegt und entsprach voll den Erfordernissen der Hausarbeit: Unterordnung, Demut, Selbstverleugnung, Gehorsam, immer für andere da sein...

Im 19. Jh. machte die Medizin eine dynamische Entwicklung durch (die das Gesundheitssystem des NS-Staates vorbereitet), deren vermeintliche Erfolge ohne fachgerechte Pflege in Frage gestellt worden wären. Auch entstanden die ersten Krankenhäuser im heutigen Sinne und meldeten einen vermehrten Bedarf an Pflegepersonal, das sich bis dato aus nicht oder schlecht ausgebildeten Männern und Frauen zusammensetzte. Mann erinnerte sich nun der „brachliegenden Kräfte" der bürgerlichen Hausfrau und erweiterte ihren Tätigkeitsbereich auf die (außerhäußliche) Krankenpflege, die genauso der „Natur" der Frau entsprechend definiert wurde. Die Bilder der bürgerlichen Weiblichkeitsideologie (Selbstlosigkeit, Entsagung, Unterordnung) entsprachen den Anforderungen an die Pflege. Sie dient genauso wie die Hausarbeit der Wiederherstellung der Arbeitskraft und wurde ebenso als weibliche „Liebestätigkeit" betrachtet, die daher nicht oder nur minimal bezahlt werden mußte. Obwohl es die Krankenpflege (auch durch LohnarbeiterInnen) schon länger gab, wird ihre Geburtsstunde in der Mitte des vorigen Jh. angesetzt, weil es da erst Ansätze einer schulischen Berufsausbildung gab und sie neu organisiert und inhaltlich neu bestimmt, „verbürgerlicht" und „verweiblicht", d.h. zum Frauenberuf gemacht wurde.[1]

Die Pflege wurde ganz nach den Erfordernissen der Medizin und des Arztes organisiert. Die strenge Hierarchie, die absolute Ergebenheit der Schwester gegenüber dem Arzt war selbstverständlich, da der Arzt als Mann der Frau als Schwester „von Natur aus" als überlegen galt. Die Schwester hatte sich selbst zu verleugnen, sich nur als Werkzeug, als Mittel zum Zweck zu betrachten, Höherem, was außerhalb ihrer selbst lag, zu dienen. (vgl. Bischoff S. 87)

Dies hatte durchaus auch eine politische Bedeutung: Über patriotische Frauenvereine wurde die Pflege nationalistisch aufgewertet, insbesondere in der Kriegskrankenpflege während der napoleonischen Kriege. Während des ersten Weltkrieges übten sich die Berufsverbände der Krankenschwestern in nationalistischer Begeisterung und forderten von ihren Mitgliedern bedingungslose Erfüllung des strikten und reaktionären Berufsbildes, um besonders in Kriegszeiten ihre moralische Integrität und ihr patriotisches Bewußtsein zu beweisen.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde neben den konfessionellen Schwesternschaften und den bürgerlichen berufsständischen Verbänden die Gewerkschaft immer bedeutender. Diese Zersplitterung der Vertretungen des Pflegeberufes und das Fortwirken traditioneller Berufskonstruktionen (die auch von der Gewerkschaft nicht ganz überwunden werden konnten) hatten zur Folge, daß bei vielen arbeitsrechtlichen und sozialstaatlichen Neuerungen die Krankenpflege Ausnahmen bildete. So wurde bspw. (in Deutschland wie auch in Österreich) der Achtstundentag nicht eingeführt, obwohl dieser von der Gewerkschaft gefordert und auch vom Gesetzgeber angeboten wurde, aber die bürgerlichen Berufsverbände ihn ablehnten, weil damit „humane oder vaterländische Ideale" sowie „das erhebende Moment der Aufopferung verloren" gingen. (zit. n. Steppe S. 45) Die Ideologie und das Selbverständnis der Pflege blieb von den sozialen und politischen Veränderungen der Republik weitgehend unberührt.

KRANKENPFLEGE IM NATIONALSOZIALISMUS[2]

I. ORGANISATION

Die Neuorganisierung der Krankenpflege im NS-Staat verfolgte v. a. zwei Ziele: Die zersplitterten Berufsverbände sollten zusammengefaßt, organisatorisch gestrafft und unter NS-Führung gestellt, und eine möglichst einheitliche Berufsauffassung - durchdrungen von NS-Weltanschauung - durchgesetzt werden. Der erste Schritt war das Verbot der Gewerkschaften drei Monate nach der Machtübernahme durch die Nazis. Allgemein war das Interesse der verschiedenen Behörden und Organisationen an der Zuständigkeit für die Krankenpflege sehr groß, da ihr besondere gesellschaftliche Bedeutung beigemessen wurde.

Nach einigen Umstrukturierungen war die Organisierung 1936 weitgehend abgeschlossen. Innerhalb der NS-VOLKSWOHLFAHRT (NSV), die ein Teil der NSDAP war, wurde der FACHAUSSCHUß FÜR SCHWESTERNWESEN IN DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DER FREIEN WOHLFAHRT gebildet, die fünf Teilorganisationen umfaßte:

- Schwesternschaft des Deutschen Roten Kreuzes
- katholischer Caritasverband
- evangelische Diakoniegemeinschaft
- NS-Schwesternschaft
- Reichsverband freier Schwestern und Pflegerinnen[3]

Das erste reichseinheitliche Krankenpflegegesetz von 1938 regelte auch die Ausbildung. Demnach galten trotz Personalmangels strenge Aufnahmebedingungen für Krankenpflegeschulen. Neben anderem mußten die Bewerberinnen einen rein „arischen" Ahnennachweis erbringen. Ihre politische Zuverlässigkeit, die auch durch die örtliche Parteidienststelle und der Verwaltungsbehörde überprüft werden konnte, war Voraussetzung.[4]

II. ROLLENVERSTÄNDNIS

Ein einjähriges Hauswirtschaftliches Praktikum war eine weitere Voraussetzung zur Ausbildung als Krankenschwester. Da im NS das bürgerlich-patriarchale Frauenbild übernommen, es verschärft und die Mutterrolle mit der Funktion der Erhaltung der „Volksgemeinschaft" aufgewertet wurde, ist es nur logisch, daß die traditionelle Sichtweise der Pflege als Erweiterung der Hausarbeit, als der weiblichen „Natur" eigene Tätigkeit ihr Geltung behielt. Die altbekannten Begriffe des berufsethischen Werterahmens - Aufopferung, Dienen, Selbstlosigkeit - wurden nahezu unverändert übernommen. Auch die Schwester im „Dritten Reich" hatte mit „hohem sittlichen Pflichtbewußtsein" und „innerlicher Bereitschaft zur Selbstüberwindung" die ihr „auferlegten Pflichten" zu erledigen. Weiters hält das amtliche Krankenpflegebuch (1943)[5] fest: „Die Krankenschwestern sind dem Arzt unter-

stellt." innerhalb dieses engen Rahmens erhielt die Schwesterntätigkeit eine politische Aufwertung: „Krankenpflege ist Dienst an der Volksgemeinschaft." Und: „Das nationalsozialistische Deutschland stellt neben den heldischen Kampf des Mannes das heldische Dienen der Frau." (Schwesternzeitschrift 1934, zit. n. Steppe S. 81)

III. Ideologie

Die Pflege beschränkt sich im NS auf jene, von denen erwartet werden darf, daß sie noch Leistungen für das „deutsche Volk" erbringen können (arbeiten, Kinder gebären, Kriegsdienst leisten) und jene, die ihren „Dienst" schon erbracht haben, sprich Arbeits- und Kriegsinvaliden.

In allen Krankenpflegeschulen wurden von einem Vertreter des Gauschulungsleiters ein weltanschaulicher Unterricht gehalten. So behandelt auch das Krankenpflegelehrbuch (1943) die „Rassenhygiene" und die daraus abgeleitete „Erbpflege" sehr ausführlich, wobei betont wird, daß „eine einzelne Person nicht mehr alleine nach dem Erscheinungsbild und dem Gesundheitszustand" beurteilt werden könne, „sondern auch nach dem Erbwert, der nur aus der Beschaffenheit der Sippe" ersichtlich sei. Demnach wird die Bevölkerung in vier Gruppen - die weit über einen klinischen Krankheitsbegriff hinausgehen - geteilt:

1. „Auslese": Familien, aus denen sich mehrere Mitglieder durch berufliche Leistungen oder sozialen Aufstieg auszeichnen und kein Fall eines „Erbleidens" oder sozialen Abstiegs vorkommt.
2. „Durchschnittsbevölkerung"
3. „Tragbare Bevölkerungsschicht": „Familien, deren Nachwuchs zwar kein Gewinn für die Volksgmeinschaft darstellt, aber auch keine ernstliche Belastung." Sie werden von gesundheitspolitischen Maßnahmen erfaßt, wenn gewährleistet ist, daß Beeinträchtigungen künftiger Arbeitsleistungen dadurch ausgeschlossen werden können.
4. „Erblich minderwertige Bevölkerungsschicht" („negative Auslese"): Dazu werden jene Menschen gezählt, die an Epilepsie oder Chorea Huntington erkrankt, blind oder taub sind, die starke körperliche Auffälligkeiten aufweisen oder als „unheilbar" psychisch krank gelten.[6] Auch „Asoziale" oder „Gemeinschaftsfremde" wurden in diese Kategorie gepreßt: So wurden Personen bezeichnet, die „mit Strafgesetz oder Behörden in Konflikt geraten, arbeitsscheu, unwirtschaftlich oder hemmungslos" sind, weder einen „geordneten Haushalt führen", noch „Kinder zu brauchbaren Volksgenossen erziehen können ... Trinker sind oder durch unsittlichen Lebenswandel auffallen."

Daraus ergibt sich ein medizinischer Umgang mit sozialen Angelegenheiten: Alle Menschen, die gemessen am technischen Produktionsfortschritt nicht leistungs- und anpassungsfähig genug waren, um als gesund zu gelten, sollten diagnostiziert, selektiert, sterilisiert und schließlich medizinisch beseitigt (=getötet) werden.

Die Psychiatrie ließ schon im 19.Jh. nur mehr körperliche Ursachen für Krankheiten gelten, bot vermehrt biologistisch-sozialdarwinistische Erklärungen an und diagnostizierte vieles als vererbt und damit als unheilbar. Der daraus entstehende „therapeutische Nihilismus" wollte - wenn schon nicht die/der Einzelne therapiert werden kann - die Gesellschaft als ganzes „therapieren", d.h. von den Kranken/für krank Erklärten befreien. Doch war es nicht die Psychiatrie alleine, sondern der bestimmende Teil der Wissenschaft im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jh., der die ideologischen Grundlagen für die NS-Vernichtungspolitik schuf. In biologistischem Eifer wurden Theorien über die Tier- und Pflanzenwelt wie die Thesen von Charles Darwin auf die Gesellschaft übertragen und damit der Sozialdarwinismus begründet. Daraus entstehen zur Jahrhundertwende zwei Richtungen: Die „Rassenanthropologie", die „verschiedene Rassen" typologisierte und hierarchisierte und die „Rassenhygiene", die auf die Theorien des britischen Pfarrers T.R. Malthus (18.Jh.), „dem Vater der Bevölkerungspolitik", zurückgriff. Diese besagten u.a., daß die Armut, die als besonderes Übel gesehen wird, durch die Armen selbst, durch ihren „ungehemmten Vermehrungstrieb" verursacht wird, sich also die Armut nur mit der Beseitigung der Armen selbst abschaffen ließe. Daher forderte Malthus von den Armen sexuelle Zurückhaltung und die Einstellung von Sozialleistungen, damit Hungersnot, Krieg und Krankheit ihr übriges tun können. Die „Rassenhygieniker(Innen?)" wollten bei dieser „natürlichen Auslese" auch nachhelfen und forderten die Zwangssterilisation bzw. Ermordung von sozialen Gruppen, die sie verbiologisiert als „erblich minderwertig" kategorisierten. So soll eine „Aufartung", eine „Reinhaltung des Erbguts der Rasse" bewerkstelligt und „Entartungserscheinungen ausgemerzt" werden.

In diesem Ungeist wurde 1905 die Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene und 1911 in den USA das erste „rassenhygienische" Amt gegründet. 1920 erschien die Schrift Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens von Binding und Hoche, die in der Öffentlichkeit überwiegend auf Zustimmung stieß. Darin finden sich die ideologischen Grundlagen der NS-„Euthanasieprogramme", wobei die ökonomischen Interessen am Massenmord offen ausgedrückt werden.

Auch Julius Tandler (der als sozialdemokratischer Stadtrat für Wohlfahrtspflege des „Roten Wien" in die Annalen einging) schrieb 1924, „daß die 30.000 Vollidioten Deutschlands diesem Staat zwei Mrd. Friedensmark kosten....Gewiß, es sind ethische, es sind humanitäre oder fälschlich humanitäre Gründe, welche dagegen sprechen, aber schließlich und endlich wird auch die Idee, daß man lebensunwertes Leben opfern müsse, um lebenswertes zu erhalten, immer mehr und mehr ins Volksbewußtsein dringen." (zit. n. Vogt S. 146) Mit akribischer Genauigkeit berechneten dann die Nazis die Höhe der Einsparungen, wenn die kapitalistischen Profitinteressen radikal durchgesetzt, d.h. die „unproduktiven" AnstaltsinsassInnen umgebracht werden.

IV. AUFGABENBEREICHE DER SCHWESTER

Zentraler Tätigkeitsbereich der Krankenschwester blieb das Krankenhaus, weiters wurden sie in Parteiorganisationen wie dem BDM, der HJ oder der Waffen-SS eingesetzt.

Wichtiges Standbein des NS-Staates war die Kriegskrankenpflege, die den Angriffskrieg den Deutschen erst ermöglichte und wie im ersten Weltkrieg auch vom DEUTSCHEN ROTEN KREUZ (DRK) übernommen wurde. Gemäß den Grundsätzen des INTERNATIONALEN ROTEN KREUZES hätte das DRK erkrankten und verwundeten Soldaten der deutschen sowie anderer Armeen versorgen müssen, schloß aber sowjetische Soldaten prinzipiell und offiziell von jeder Hilfe aus. Das DRK durfte nach der Genfer Konvention weder eine Gliederung der Partei noch integraler Teil der Wehrmacht sein. Doch die Schwesternschaft des DRK war organisiert in der NS-VOLKSWOHLFAHRT, einer Unterabteilung der NSDAP, und ihre enge Verbindung zum NS-Staat beschworen die DRK-Schwestern mit folgendem Eid: „Ich schwöre Treue dem Führer des Deutschen Reiches, Adolf Hitler. Ich gelobe Gehorsam und Pflichterfüllung in der Arbeit des DRK nach Befehlen meiner Vorgesetzten. So wahr mir Gott helfe." (zit. n. Steppe S. 120) Die Vorgesetzten waren vorzugsweise Sanitätsärzte der Reserve der Wehrmacht. Mit Fortdauer des Krieges ergab sich nicht nur akuter Personalmangel, sondern auch erhöhten Bedarf an Militärlazaretten. Daher wurden hunderte Pflegeanstalten umfunktioniert, nachdem die Pfleglinge dieser Anstalten im Zuge der „Euthanasieprogramme" umgebracht worden waren.

Krankenschwestern waren auch in den eroberten gebieten Osteuropas zum Erziehungs- und Pflegedienst eingesetzt. Das hieß u.a. Propaganda für Verhütung und Abtreibung zur „Schwächung des russischen Volkskörpers." Das systematische Morden in den psychiatrischen Kliniken in Polen begann schon 14 Tage nach Einmarsch der deutschen Truppen.

Ein weiteres Arbeitsfeld der Pflege im NS war die „Volksgesundheitspflege", in dem besonders Gemeindeschwestern tätig waren. „Der Begriff Volksgesundheit...setzt voraus, daß Lebensführung und Lebensauffassung des Volkes in Einklang stehen mit den Naturgesetzen, denen Werden und Vergehen des Volkskörpers unterworfen sind." (Krankenpflegebuch 1943) Die/der Einzelne hat die Pflicht zur Gesundheit, sie/er muß sich um eine gesunde Lebensführung bemühen, um Höchstleistungen erbringen zu können, gemäß den „erbpflegerischen" Richtlinien heiraten und mindestens vier Kinder haben. Erst wenn sich Mensch um die Erfüllung dieser „Verpflichtungen gegenüber der Volksgemeinschaft" bemüht, hat sie/er Anspruch auf staatliche Vor- und Fürsorge. Das Gesundheitssystem funktionierte auf Kosten jener, die diese Leistungen nicht erfüllen konnten (wollten). Die Tätigkeit der Schwester in der „Volksgesundheitspflege" umfaßte hauptsächlich Schulung und Beratung z.B. für Mütter, in „erbpflegerischen" Belangen etc., sowie Meldepflicht von „abweichendem Verhalten" (wobei dann die gemeldete Person von einem Arzt/einer Ärztin klassifiziert wurde). Auf den Gesundheitsämtern wurden „Erbbestandsaufnahmen" durchgeführt und eine „Sittenregistratur" angelegt, in der Menschen vermerkt waren, die in die Kategorie „asozial" bzw. „erblich minderwertig" gepreßt wurden. Die „Sippenregistratur" in Wien umfaßte bis 1939 etwa 320.000 Personen - mehr als 15% der Wiener Bevölkerung. (vgl. Bailer-Galanda)

Ausstellungsbild des Reichsnährstandes

V. Massensterilisation und Massenmord

Die systematische Verfolgung jener, die zu „Asozialen", psychisch Kranken oder Behinderten erklärt wurden, die alle als „erbkrank" galten, wurde schon sehr bald nach der Machtergreifung begonnen. Sie zeigte sich in verschiedenen Formen: Verschleppung in Arbeits-, „Jugendschutz"- oder Konzentrationslager, „Vernichtung durch Arbeit", Zwangssterilisation, „Euthanasie", d.h. Mord.

Erbgesundheitsgerichte veranlaßten Zwangssterilisationen bei rd. 400.000 Menschen, wobei v. a. Frauen betroffen waren und rd. 1000 starben. Die Verantwortlichen beriefen sich hierbei auf das 1933 erlassene und ein Jahr später in Kraft getretene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses."[7] Im Reichsinnenministerium wurde 1937/38 der „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter Leiden" eingerichtet, der die „Kindereuthanasie" vorbereitete. Demnach mußten ab 1939 - in der „Ostmark" ab 1940 - alle als behindert geltende Kinder gemeldet werden; von diesen wurden mindestens 5000 ermordet.

Ab Oktober '39 wurden Meldebögen für alle PatientInnen in Heil- und Pflegeanstalten verschickt, die von ÄrztInnen auszufüllen waren. Anhand dieser Bögen wurde von übergeordneter Stelle über Leben oder Tod der PatientInnen entschieden. Ab 1940 wurden unter dem Namen „T4" in sechs eigens dafür umgebauten Pflegeanstalten rd. 70.000 Menschen ermordet. Die Aufgabe der Schwester[8] war es, die PatientInnen für den Abtransport in die Mordanstalten vorzubereiten. Das Pflegepersonal dieser Tötungseinrichtungen begleitete die PatientInnen bis zur Gaskammer. Von einigen ist belegt, daß sie die Vergasungen mitangesehen haben. Gewußt haben es alle Beteiligten; wurden sie auch nicht informiert, so war der Massenmord offensichtlich.

1941 wurde nach kirchlichen Protesten die Aktion „T4" nach außen hin offiziell beendet. Doch ging der Massenmord in noch größerem Umfang weiter, nun mittels Medikamenten und Nahrungsentzug. Bei dieser „wilden Euthanasie" wurde die Auswahl der zu tötenden PatientInnen dezentral, in den Anstalten selbst und meist während der Visiten vorgenommen. Die ÄrztInnen verordneten die Morde und die Schwestern führte sie aus. Sie führte die PatientInnen in eigens dafür vorgesehene Zimmer und verabreichten bspw. eine Überdosis Schlafmittel: „Wenn die eine oder andere Patientin sich weigerte, das Medikament zu drinken, so haben wir ihr gut zugeredet." „Beim Einnehmen nahm ich sie liebevoll in den Arm und streichelte sie dabei."[9]

Auch wurden Morphium- oder Luftspritzen verwendet, der/die PatientIn beobachtet bis der Tod eingetreten ist. Die Morde durch Mangelernährung und kompletten Nahrungsentzug verliefen nebenbei im „normalen" mörderischen Stationsbetrieb. Nur noch arbeitsfähige PatientInnen, die in Arbeitskolonnen eingeteilt waren, erhielten etwas nahrhafteres Essen, das aber nicht als normale Kost bezeichnet werden kann.

Bei Prozessen nach der Befreiung begründeten Schwestern ihre tödlichen Handlungen mit dem seit dem 19. Jh. geltenden berufsethischen Normen des absoluten Gehorsams: „Die ständige Übung, den Anordnungen und Befehlen des Arztes zu folgen, geht so in Fleisch und Blut über, daß das eigene Denken ausgeschaltet wird... Ich bin so erzogen und auch ausgebildet worden... So sage ich dazu, daß in Schwesternkreisen eine sehr strenge Disziplin herrscht, und jede untergebene Pflegerin verpflichtet ist, die Befehle der Vorgesetzten unbedingt auszuführen... Einen Bankraub oder Diebstahl hätte ich nie ausgeführt, weil man so etwas nicht tut. Außerdem hätte ein Diebstahl nicht zu meinen Aufgaben gehört." (zit. n. Steppe S. 163f)

Nach dem Stop der Aktion „T4" wurden die Gaskammern in den Anstalten für die Aktion „14f13" verwendet, bei der rd. 20.000 KZ-Häftlinge ermordet wurden. 1943 wurde diese Aktion für ein Jahr ausgesetzt, da vermehrt Häftlinge in der Kriegsindustrie gebraucht wurden. Die Aktion „T4" war darüber hinaus der „Probelauf" für die Vergasung von rd. 6 Millionen Jüdinnen und Juden, die ab 1942 und unter anfänglicher Leitung des ärztlichen „T4"-Personals systematisch betrieben wurde.

Der spärliche Widerstand des Pflegepersonals ist wenig erforscht. Wenn auch die Möglichkeiten zumindest einer Verweigerung heute schwer einzuschätzen sind, so ist es doch bezeichnend, daß viele Schwestern nach '45 jene heuchlerische Argumentation übernommen hatten, die den Mord als „Gnadentod" und „Erlösung" darstellt und dahinter die ökonomischen Interessen und den „rassenhygienischen" Wahn verbirgt.[10]

Belegt ist aber auch, daß Schwestern versuchten, PatientInnen zu verstecken, falsche Angaben über deren Arbeitsfähigkeit zu machen oder deren Entlassung aus der Anstalt zu bewirken, um sie vor der drohenden Ermordung zu bewahren.

VI. Kontinuitäten danach

Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen gab es auch in der Krankenpflege eine Entnazifizierung, deren Effektivität gleich Null war. Daß bei der Einstellung einer gewöhnlichen Schwester nach 1945 eine erfolgte Entnazifizierung nicht unbedingt Voraussetzung war, könnte mit viel gutem Willen aus dem extremen Mangel an Pflegepersonal und dem desaströsen Zustand des dringend benötigten Gesundheitssystems erklärt werden, nicht aber die Karriere in gehobene Posten, wofür beispielhaft die der Luise von Oertzen skizziert werden soll: Ab 1935 war sie Generaloberin der Schwesternschaft des DRK, 1938 trat sie in die NSDAP ein. Nach Kriegsende kam es zu einer Pause in ihrer Karriere, da das DRK von den Alliierten als „sonstige Naziorganisation" eingestuft und aufgelöst wurde. Nach der Wiedergründung erhielt Frau von Oertzen einen noch höheren Posten: Ab 1949 war sie Vizepräsidentin und von 1952 - 1961 Präsidentin des DRK. (vgl. Steppe S. 216f)

Es wurden nach der Befreiung Prozesse gegen das Pflegepersonal

angestellt, wobei v. a. kurz nach Kriegsende hohe Freiheitsstrafen und Todesurteile verhängt und vollzogen wurden. Doch kam es auch vielfach zu geringen Freiheitsstrafen und Freisprüchen, die aber nichts Auffallendes darstellen, wenn mensch sie im Gesamtkontext der Strafverfolgung von NS-Verbrechen sieht. Zu beachten sind die Erläuterungen in den Gerichtsurteilen, die ganz den Begründungen der Angeklagten entsprechen, die ihr Handeln mit dem Berufsethos des Gehorsams erklären. Die Gerichte erkannten den medizinischen „Befehlsnotstand" an, wenn sie erklärten, „daß sie (die Angeklagten) in keinem Fall von sich aus, sondern auf ausdrückliche Anweisung des Arztes tätig geworden sind. Das entspricht auch der beruflichen Erziehung der Angeklagten und dem grundsätzlichen Charakter ihres Berufes, der nicht auf eine selbständige, sondern unterstützende und Anweisungen untergebene Arbeitsweise abgestellt ist." (zit. n. Steppe S. 167)

Diese unbedingte Unterordnung wird nicht kritisiert, sondern weiter festgeschrieben. Die Kontinuität betont ein Verteidiger besonders, wenn er sagt, „daß auch heute im demokratischen Staat innerhalb des Pflegepersonals eines Krankenhauses strengste Disziplin, Gehorsam und Unterordnung verlangt werden muß. Dies ist für einen Krankenhausbetrieb eine unerläßliche Voraussetzung des einwandfreien Funktionierens." (zit. ebd. S. 168) Noch heute gilt das Bild der Krankenpflege als Frauenberuf, in dem Unterordnung geübt werden muß, der bloß eine Hilfstätigkeit, eine Ergänzung des ärztlichen Standes ist. Nur durch einige engagierte Schwestern konnte diese Berufskonstruktion ein wenig aufgeweicht werden. Doch nach wie vor ist mann ein Organisationstalent im Aufbau von medizinischen Instituten mit einer paramilitärischen Anordnungs- und Befehlsstruktur, die MittäterInnen nicht MitdenkerInnen formt.

P.S.: Auch andere Kontinuitäten lassen sich feststellen: In einer wenig überarbeiteten Ausgabe von 1949 des HAND- UND LEHRBUCHS DER KRANKENPFLEGE, das auch schon während der NS-Zeit erschien, finden sich Ausführungen in bester „rassenhygienischer" Tradition: „Den erbkranken Nachwuchs nach Möglichkeit einschränken, muß um so dringlicher angestrebt werden, als der Geschlechtstrieb bei solchen `minderwertigen´ Menschen besonders stark und hemmungslos sich auswirkt, also der Prozentsatz ihrer Zahl, innerhalb der Gesamtbevölkerung ständig zuzunehmen geneigt ist." (zit. ebd. S. 219f)

In Österreich führt die Polizei seit 40 Jahren eine „Geisteskrankenevidenz", durch die angeblich psychisch Kranke ihr Leben lang stigmatisiert sind. Für sie wird es fast unmöglich den Führerschein oder eine Anstellung im Bundesdienst zu bekommen. Der ehemalige Innenminister Franz Löschnak nannte diese Evidenz noch 1994 „gegenwärtig wie künftig notwendig." Welche Möglichkeiten sich künftig ergeben, kann aus der Vergangenheit abgelesen werden. ●

FUSSNOTEN:

[1] Pfleger und Krankenwärter wurden fast ganz aus dem Beruf gedrängt, wurden - auch im NS-Staat - getrennt von den Schwestern ausgebildet, hatten tw. andere Aufgaben und eine andere gesellschaftliche Stellung. Ihre besondere Rolle wird hier nicht weiter berücksichtigt und verallgemeinend von der Schwester gesprochen.

[2] Hier wird nicht auf die spezielle historische Situation in Österreich eingegangen, d.h. der Austrofaschismus bleibt ausgespart und die Geschichte des NS-Staates wird ab '33 behandelt.

[3] Die beiden letztgenannten Organisationen wurden 1942 zum „NS-Reichsbund deutscher Schwestern" zusammengefaßt.

[4] Im Hauptpersonalamt der NSDAP war eine „Warnkartei" angelegt worden, in der alle nicht ausreichend nationalsozialistisch ausgerichteten Beschäftigten des NSV geführt wurden - also auch Pflegepersonal.

[5] Im folgenden immer nach Weibrod-Frey zitiert. In: Steppe 1993

[6] Dem gegenüber gab es (nicht ausgeführte) Pläne die psychiatrischen Krankenhäuser für „Heilbare" besser auszubauen, auch in psychotherapeutischer Hinsicht. (vgl. Dörner/Plog S. 474)

[7] In der „Ostmark" kam dieses Gesetz ab 1940 zur Anwendung.

[8] Die korrekte Berufsbezeichnung in diesem Falle wäre Pflegerin (ev. Pfleger), da die psychiatrische Pflege vom Krankenpflegegesetz 1938 nicht erfaßt und keine einheitliche Ausbildung angeboten wurde.

[9] Aussagen von Schwestern beim Mordprozeß von Meseritz-Obrawalde 1956, zit. n. Steppe S. 162

[10] Genau dieser Argumentation begegnet mensch auch heute bei Diskussionen über die „Euthanasie".

Literatur:

Steppe, Hilde (1993) (Hg.): Krankenpflege im Nationalsozialismus

Claudia Bischoff (1994): Frauen in der Krankenpflege

„Aspekte der Geschichte neuzeitlicher Bevölkerungspolitik/-ideologie". In: Wider die Kolonisierung des Frauenkörpers. (Hg. Frauenreferat ÖH-Wien, 1992)

„Von der `natürlichen´ zur staatlichen Selektion". In: 17°C, Nr.8

„Märchen von Hexen und anderen Frauen". In: clash, Nr. 10

Dörner, K./Plog, U. (1994): Wege der Psychiatrie. In: dies.: Irren ist menschlich...

Vogt, Werner (1989): Medizin im und nach dem Nationalsozialismus. In: ders.: Arm-Krank-Tod

Bailer-Galanda, Brigitte: „Verfolgt und nie entschädigt" In: demontage Nr.9

profil Nr.31/1994

Im braunen VORARLBERG

DAS SAUBERE LAND VORARLBERG, REICH GEWORDEN DURCH DIE TEXTILINDUSTRIE, DIE SCHON SEHR FRÜH SOGENANNTE GASTARBEITERINNEN INS LAND HOLTE (ZUERST *DIE SÜDTIROLER*, DANN *DIE TÜRKEN UND YUGOSLAWEN*), UM ZUM GERINGSTEN PREIS DEN GRÖSSTEN PROFIT ZU MACHEN.

Die dazugehörige Ideologie ist die eines Herrenrasse-Denkens: *die Alemannen* sind fleißiger, arbeitsamer, sparsamer und wohl auch klüger als die übrigen ÖsterreicherInnen, deshalb steht ihnen nicht nur ihr Reichtum zu, deshalb fühlen sie sich vom *Wasserkopf Wien* auch ausgebeutet, um die Früchte ihrer redlichen Arbeit gebracht. (Deshalb gab es in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts auch eine starke Bewegung, die die Ablösung von Österreich und die „Rückkehr ins Mutterland", die Schweiz forderte. Die Schweiz, die sich später als Finanzverwalterin und Goldtresor der Nazis erfolgreich aus Krieg und Nationalsozialismus heraushalten konnte, wollte Vorarlberg nicht). Das Ressentiment gegen Wien ist geblieben.

Dieser Herrenmenschenideologie entspringt ein Leistungsdenken, das dem nach der freien Marktwirtschaft drängenden Österreich diesseits des Arlbergs schon lange um einiges voraus ist. Nicht umsonst beginnt ein beliebtes Volkslied mit den Worten: „Schaffa, schaffa, Hüsle baue..." Wer es in Vorarlberg nicht zu einem eigenen Haus gebracht hat, mit dem/der stimmt etwas nicht. Wer seinen Rasen nicht mäht, sich die Haare wachsen läßt, keine Designerklamotten trägt, unterminiert die Gesellschaft; wer sich scheiden läßt, arbeitslos ist, uneheliche Kinder bekommt oder (Gott behüte!) sogar abtreibt, begeht Verrat am Alemannentum. Die Selbstmordrate bei Jugendlichen ist überdurchschnittlich hoch, der Drogenhandel blüht, denn wer den Kriterien der Leistungsgesellschaft nicht entsprechen will, hat kaum Alternativen.

In den 70er Jahren kam es zur „Ausländer Halt"-Bewegung. Damals wie heute brennen regelmäßig Häuser, die von TürkInnen und AsylantInnen bewohnt werden, nieder, und immer liegt es daran, daß „diese Leute" die Häuser verkommen lassen und mit Elektrizität nicht umgehen können. Diese Häuser gehören meistens der Firma, bei der die BewohnerInnen beschäftigt sind. Sogenannte ausländerfeindliche Motive wurden nie nachgewiesen, obwohl bei den 15-20 Bränden der letzten Jahre mehrmals Brandlegung (einmal sogar mittels Molotow-Cocktails) nachgewiesen werden konnte. Der Vorarlberger Sicherheitsdirektor Marent hatte alle diese Vorfälle als „normale Brandstiftungen" abgetan.

Die FPÖ ist schon lange zweitstärkste Partei im Land, und obwohl die Vorarlberger Landesverfassung keinen Koalitionszwang in der Regierung vorsieht, bildete die ÖVP sozusagen freiwillig eine Koalition mit der FPÖ.

So bräunlich trüb dieses Bild von Vorarlberg auch wirkt, gab und gibt es immer wieder Widerstand. Dieser Widerstand gegen die herrschende Ideologie und ihre rechtsextremen Auswüchse fand lange auf einer kulturellen bzw. grünorientierten Ebene statt, seit einiger Zeit gibt es aber auch diverse Antifa-Gruppen, darunter die erste autonome Antifa-Gruppe namens RIF RAF, die seit etwa einem Jahr besteht. RIF RAF hält ein wöchentliches Antifa-Café ab, sammelt Informationen über die Faschoszene, macht Infotische und Demonstrationen und arbeitet eng mit der AKW (Autonome Kultur- und Wohnwerkstätte) in Bregenz zusammen. So organisierte RIF RAF zum Beispiel vor einem Jahr einen Trauer-Haß-Reaktionsmarsch nach dem Bombenanschlag von Oberwart. Anläßlich dieser Kundgebung wurde der Vorarlberger Sicherheitsdirektor Marent kritisiert, der behauptete, in Vorarlberg gebe es keine organisierte Naziszene.

RIF RAF ortet in Vorarlberg einen harten Neonazi-Kern von 50 und einen SympathisantInnenkreis von cirka 200 Personen, zum größten Teil Skinheads, die unterstützt von deutschen und Tiroler Kameraden immer wieder zu Gewaltorgien aufbrechen. Das jüngste Beispiel ist der Skinheadüberfall am Silvesterabend 1995/96 auf eine private Party in Feldkirch. Unter „Sieg Heil"-Rufen und dem Absingen von Naziliedern gingen 30 Skins auf die Partygäste los und verletzten drei Jugendliche zum Teil schwer. Auf der Flucht vor der anrückenden Polizei randalierten die Skins noch in einem Tanzlokal und konnten schließlich unerkannt entkommen. Den Mut für ihre Tat hatten sie sich in Form von Alkohol in einem Lokal in Bahnhofsnähe geholt, das seit Anfang Dezember 1995 als regelmäßiger Treffpunkt von Vorarlberger, Tiroler und deutschen Skinheads gilt. Die Polizei will die Skinheadszene in Feldkirch nun mit vorverlegten Sperrstunden und verstärkten Patrouillen in den Griff bekommen. Bei einer Diskussion zwischen RIF RAF, einer Stadträtin, einem Streetworker und zwei Polizisten zeigte sich die Stadträtin beruhigt, da die Feldkircher LokalbetreiberInnen ein stadtweites Lokalverbot für Glatzen verhängt haben. Problem erfolgreich verlagert?

RIF RAF berichtete uns von weiteren zahlreichen Gewalttätigkeiten im vergangenen Jahr. So kam es zu Attacken auf linke Jugendliche und Punks, die mit teils schweren Verletzungen endeten, einmal wurde ein Taxifahrer von zwei Skins beraubt und mit Messern verletzt und ein anderes Mal kamen vier Jugendliche zum Handkuß, die nur zur ➤

Vergewaltigung

Ein Verbrechen ohne Folgen?

Den Aspekt, dass Vergewaltiger nicht die Aussenseiter der Gesellschaft darstellen - weil jeder Mann ein potentieller Vergewaltiger ist -, analysiert Marion Breiter in ihrer 1995 veröffentlichten Studie Vergewaltigung - Ein Verbrechen ohne Folgen?. Gegenstand der Untersuchung waren die im Zeitraum des Jahres 1990 am Wiener Landesgericht verhandelten Vergewaltigungsstrafprozesse.

Ziel der Analyse war nicht nur die aufgrund der Gesetzesnovelle von 1987 und 1989 veränderte juristische Situation für die Vergewaltiger und für die Frauen, sondern ebenfalls weitere Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge an der Gesetzeslage und Praxis vor allem gegenüber den Opfern aufzuzeigen, weil zwar im Zuge der Novellen einige für Frauen positive Veränderungen zu beobachten waren, das aber noch lange nicht das Optimum ist. Die erwähnten Novellen sehen u.a. vor, daß nur mehr das Täterverhalten ausschlaggebend für die Beurteilung der Tat ist, wodurch die Frau nicht mehr beweisen muß wie groß ihre Gegenwehr war. Nichtsdestotrotz wurde ca. ein Drittel (= 16 Frauen) nach ihrem Widerstand gefragt, schließlich orientiert sich das Urteil immer noch häufig daran.

„Die hohe Dunkelziffer dieses Verbrechens und das geringe Ausmaß an Konsequenzen für die Täter stellen angesichts der folgenreichen und schwerwiegenden Traumatisierung der Opfer einen gesellschaftspolitische Mißstand dar, der dringender Veränderung bedarf. Denn der Schluß von der rechtlichen Sanktionslosigkeit auf das moralische Erlaubt-Sein einer Tat liegt nahe." (Breiter 1995, S. 15) Im internationalen Vergleich, so das Ergebnis der Studie, werden in Österreich besonders wenige Vergewaltiger verurteilt. Bei einer vermuteten Dunkelziffer von 1:10 (795 : 7950 Fälle) nämlich nur 1%! Noch dazu wird in Österreich der vorgesehene Strafrahmen bei weitem nicht ausgeschöpft. Obwohl bei Gericht bereits mehr vom „alten" Täterprofil (Fremder,...) abgegangen wurde, konnten alte Stereotype, wie „typische" Vergewaltigungssituationen (auf offener Straße, im Freien,...), männliche „Triebstau-Theorien" und männliche stereotype Vorstellungen der weiblichen Sexualität (Masochismus der Frau,...) noch nicht vollständig aus der Urteilsfindung ausgeräumt werden, weil sich gerade die Täter selbst damit entlasten wollen und so die Frau zur „Täterin" machen. Trotzdem sind RichterInnen, StaatsanwältInnen und Polizei auf Vergewaltigung in der Ehe, Gewalt in der Familie und sexuelle Gewalt gegen Kinder um einiges mehr sensibilisiert als noch vor ein paar Jahren, was vor allem ein Verdienst der Frauenorganisationen und autonomen Frauen ist.

Besonders in bezug auf das Täterprofil dürfte sich einiges verändert haben. „Der idealtypische Fall des 1990 wegen sexueller Gewalttaten gegen Frauen vor Gericht gestellten Täters ist ein unbescholtener lediger junger Mann zwischen 21 und 30 Jahren. Er ist Inländer, hat die Pflichtschule und häufig auch eine Lehre absolviert, von Beruf ist er Angestellter oder arbeitslos, mit einem etwas unter dem österreichischen Durchschnitt liegenden Einkommen. Die Mehrzahl der Beschuldigten ist demnach der oberen Unter- bzw. der unteren Mittelschicht zuzurechnen." (S.26) Diese Veränderung im Täterprofil ist hauptsächlich durch ein verändertes Anzeigeverhalten der Opfer und der dafür aber vor allem notwendigen Veränderung der gesellschaftlichen Vorstellungen über Vergewaltiger zu erklären. 53% (von insgesamt 49 Angeklagten) waren nicht vorbestrafte Beschuldigte, außerdem stieg die Zahl der angezeigten verheirateten Männer an. Die vergewaltigten Ehefrauen setzten sich zur Wehr. Am auffallendsten erscheint hingegen das Ergebnis über die Vergewaltigungstatorte. **71%** der Tatorte befinden sich in Wohnungen und „nur" **29%** im Freien. „Statistisch gesehen sind Frauen auf der Straße also wesentlich sicherer als in einer Wohnung." (S. 38) Als nächster Schritt ist es also von größter Bedeutung , daß erstens die Frauen selbst ihre Stereotypen von *dem* Vergewaltiger und *der* Vergewaltigungssituation vergessen und zweitens nach ➤

Fortsetzung von Seite 32

➤ falschen Zeit am falschen Ort waren: sie wurden von fünf Glatzen mit Holzprügeln zusammengeschlagen, weil diese wütend darüber waren, daß sie nicht in eine Disco eingelassen wurden.

Zweimal brannte im vergangenen Jahr innerhalb einer Woche die Moschee in Bludenz, die Polizei fand keinerlei Hinweise auf ausländerfeindliche Motive. Ausgeforscht wurde hingegen 1993 eine Gruppe von Neonazis, die Steine in die Fenster von Wohnungen türkischer Familien geworfen (wobei ein dreijähriges Mädchen verletzt wurde) und faschistische Parolen wie „Türken sind Dreck, Dreck muß weg" gesprayt hatten. Der Kopf der Gruppe war ein 22jähriger Angehöriger des Rings Freiheitlicher Jugend, in dessen Wohnung auch rechtsextreme Embleme und Unterlagen gefunden wurden. ●

Chronologie des Staatsrassismus 1995

"Ausländer raus *light*"

"Es ist eines Rechtsstaats unwürdig, daß nachwievor Menschen ohne richterliche Entscheidung und ohne demokratische Kontrolle in Schubhaft gesperrt werden; aber völlig indiskutabel und ein Hohn gegen alle menschenrechtlichen Verpflichtungen des Staates ist es, wenn die Fremdenpolizei in Wohnungen eindringt und die Angehörigen von Österreichern von der Familie weg in Schubhaft nimmt, um sie aus Österreich wegzuschaffen", kritisierte die Migrationssprecherin der Grünen das verschärfte Vorgehen der Behörden gegen AusländerInnen. Abgesehen davon, daß auch eine richterliche Entscheidung und eine demokratische Kontrolle Schubhaft nicht rechtfertigen würden und fehlende Verwandschaftsverhältnisse ebenfalls kein Grund sind, Bleiberecht zu hinterfragen, berührt die Kritik der Grünen-Migrationssprecherin einen Kernpunkt des Staatsterrors gegen Flüchtlinge und MigrantInnen. Zu Weihnachten waren in Österreich 700 Menschen inhaftiert, der Staat sprach ihnen schlicht das Existenzrecht in Österreich ab. Tausende Menschen sind in einem Kreislauf von Illegalität, schlecht bezahlter Arbeit, Schubhaft und Abschiebung gefangen.

Letztes Jahr ist in Wien die Zahl der Abschiebungen und Ausweisungen signifikant gestiegen.

In der Statistik der Fremdenpolizei finden sich für das Jahr 1995 folgende Zahlen: 4.448 AusländerInnen wurde das Aufenthaltsverbot ausgesprochen, in 6.206 Fällen wurde Schubhaft verhängt. 1.475 Personen wurden im vergangenen Jahr ausgewiesen, 4.525 abgeschoben. Demgegenüber wurden 1994 3.842 Aufenthaltsverbot verhängt und in 5.558 Fällen Schubhaft. 918 Ausländer wurden ausgewiesen und 3.725 abgeschoben.

"Obwohl die legale Einwanderung durch das am 1. Juli 1993 in Kraft getretene Aufenthaltsgesetz wesentlich erschwert wurde, ist der Einwanderungsdruck auf Österreich gleichgeblieben", sagte Stefan Storteczky, Leiter des fremdenpolizeilichen Büros der Bundespolizeidirektion Wien. Repressive Gesetze können eben keine Probleme lösen, sie bringen nur mehr Leid und sorgen für zusätzliche Tragödien. Obwohl in Einzelfällen Solidaritätsgruppen durchaus Abschiebungen verhindern können, zeigt das Gesamtbild aber weiter die Abschottungstendenzen der rassistischen Wohlstandsfestung Europa, mit Österreich als Vorreiter.

Fortsetzung von Seite 33

➤ diesen Ergebnissen eine realistischere Einschätzung und Bewußtseinsbildung vornehmen, wo überall der „Feind" lauern kann. Untersuchungen haben nämlich ergeben, daß Frauen, die von ihrem Lebensgefährten oder Ehemann vergewaltigt werden kaum rechtzeitig zur Gegenwehr fähig sind, weil dieser Mann nicht ihrem Stereotyp des Vergewaltigers und der Ort nicht ihrem Stereotyp des Vergewaltigungstatortes entsprechen. Mit Abstand die erfolgreichste und absolut gerechtfertigte Gegenwehr für Frauen ist sich mit aller Kraft, Wut und Lautstärke gegen diesen Gewalttätigen zu wehren, auch ein Ergebnis dieser Studie, obwohl diese Erkenntnis wahrscheinlich keine Analyse nötig gehabt hätte.

Um noch einmal auf den Tätertypus zurückzukommen erscheint es wichtig einen Typ herauszugreifen, weil gerade dieser „als Repräsentant einer etwas übersteigerten, aber tendenziell gesellschaftlich akzeptierten und häufigen Form männlicher Sozialisation" (S.47) gilt. Die Rede ist vom soziopathischen Vergewaltiger, der neben dem zornigen, sadistischen und sexuellen Typus des Vergewaltigers in der Studie analysiert wird. 75% der Beschuldigten wurden dieser Kategorie zugeordnet, 43% davon wurden freigesprochen. Der Grund dafür könnte in der Nähe zur „normalen" männlichen Sozialisation liegen, wodurch er sich auch eher eines gewissen Rückhaltes in den patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft sicher sein kann. Dieser Täter handelt vor allem aufgrund seines Machtwillens, es geht ihm um die Demonstration von Macht und Männlichkeit, um die Unterwerfung einer Frau, um Eroberungssex. Für ihn bedeutet die Vergewaltigung eine Verbesserung seines „männlichen" Selbstwertgefühls. Am Beginn seiner gewalttätigen „Karriere" stehen meist Exibitionismus, Belästigungen und Mißhandlungen.

In der Studie wird der Situation der Frau (rechtlich, psychisch,..) genausoviel Aufmerksamkeit geschenkt wie dem Vergewaltiger, schließlich soll dieses Buch zu einer weiteren Verbesserung für die Opfer, im Sinne einer realistischen Bewußtseinsbildung, dem Abbau von frauenfeindlichen und patriarchalen Vorurteilen gegenüber den Opfern und einer frauenfreundlicheren Gesetzeslage führen. Vergewaltigung stellt nur einen Teil der patriarchalen Herrschaft und frauenfeindlichen Hegemonie dar, ihre Abschaffung und Beseitigung würde einen extremen Fortschritt in die richtige Richtung darstellen. Da es aber nur ein Aspekt ist, der dann verschwunden wäre, bestehen die anderen Probleme weiter. Hiermit soll aber das Ausmaß und die Auswirkungen sexueller Gewalt gegen Fauen auf keinen Fall verharmlost werden, es dürfen nur alle anderen Gewaltverhältnisse mit ihren qualitativen Unterschieden und Verstrikkungen nicht übersehen werden. ●

Marion Breiter, Vergewaltigung - Ein Verbrechen ohne Folgen? Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1995, 156 Seiten, ÖS 198,-

DOKUMENTATION EINIGER FÄLLE MIT GENÜGEND "NACHRICHTENWERT":

▲ Frau Radmila lebt seit 29 Jahren in Österreich. Sie ist staatenlos und ohne Einkommen. Bei der letzten Ausstellung ihres Fremdenpasses ist ihr entgangen, daß die Aufenthaltsbewilligung nicht, wie bisher, auch gleich miterledigt worden ist. Also: Frist versäumt. Der Frau droht nach fast drei Jahrzehnten eine Abschiebung nach Rußland, weil sie 1966 aus der Sowjetunion nach Österreich gekommen war. Die von Innenminister Einem angekündigte Neuregelung, daß auch verspätete Anträge positiv erledigt werden (die Verspätung soll lediglich mit einer Verwaltungsstrafe geahndet werden), wird in der zuständigen Magistratsabteilung noch ignoriert.

▲ Der gesonderte Nachweis einer Wohnung soll für die Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen entfallen, an der Mindestgrenze für den Einkommensnachweis wird nicht gerüttelt. Pech für Frau A.: Die Romni aus Ex-Jugoslawien und Mutter zweier Kinder hat Krebs, das Krankengeld liegt unter der Hierbleibendürfen-Grenze. Ihr Mann Vladisav, ebenfalls Rom und seit neun Jahren in Österreich, bangt auch um die im Mai fällige Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung. Denn eine über ihn verhängte, bedingte Haftstrafe von sechs Monaten wird zu diesem Zeitpunkt noch nicht getilgt sein. Einems Integrationspaket sieht allerdings vor, daß eine Abschiebung nach acht Jahren Aufenthalt nur mehr wegen eines schweren Deliktes möglich sein wird. Auch Ehebestimmungen sollen gelockert werden.

▲ Der 19jährige Abdul-Jamil flüchtete im April des Vorjahres gemeinsam mit seinem Bruder aus Afghanistan nach Österreich. Der Antrag auf Asyl wurde abgelehnt, ebenso die Berufung. "Der allgemeine Bürgerkrieg" ist hierzulande kein Grund für die Gewährung von Asyl, die "persönliche" Betroffenheit hat das Brüderpaar den Behörden zu wenig drastisch klargemacht. Also wurden die Afghanen mit einem vorläufig erwirkten Abschiebungsaufschub aus der Bundesbetreuung in Traiskirchen entlassen. Im Kolpinghaus in Wien-Mariahilf fanden die Männer Zuflucht. Im Juni 1995, zehn Tag vor Abdul-Jamils 19. Geburtstag, kam die Mitteilung der Fremdenpolizei: "Abschiebungsaufschub abgelaufen - Land verlassen". Daß in der Zwischenzeit ein Antrag auf Wiederaufnahme des Asylverfahrens beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht worden war, schien der Behörde entgangen zu sein. Am 5. November drang die Fremdenpolizei in das Kolpingheim ein und nahm Abdul-Jamil mit ins Schubgefängnis. Obwohl nach der Rechtssprechung des Unabhängigen Verwaltungssenates von vornherein feststand, daß er - weil er im laufenden Wiederaufnahmeverfahren in Betreuung der Kolpingfamilie stand - nicht dort landen durfte. Ein "Spielchen" also, das damit endete, daß Abdul- Jamil am vergangenen Donnerstag wieder entlassen wurde. Die Behörden gewährten "großzügig" einen neuerlichen Abschiebungsaufschub von einem Jahr. (Standard, 13.11.'95)

▲ Die Abschiebung einer 22jährigen Perserin, die vom Islam zum Katholizismus übergetreten ist, in den Iran konnte durch Druck der Erzdiözese Wien verhindert werden. Katayun S. wurde aus der Schubhaft entlassen, der negative Bescheid der Asylbehörden könnte korrigiert werden. Im Iran würde ihr die Todesstrafe drohen (Standard, 21.11.'95)

▲ Am 10. November dieses Jahres wurden in Nigeria der Menschenrechtsaktivist Ken Saro-Wiwa und acht seiner Mitstreiter vom Volk der Ogoni nach einem Schnellverfahren vor einem Militärgericht hingerichtet. Fernab seiner Heimat sitzt Herr Muhammed Alade Lawal in Ried im Innkreis in Schubhaft. Er ist aus Nigeria geflüchtet. Ausgerechnet nach Österreich. Sein Ansuchen um Asyl wurde hier abgelehnt. Er soll in seine Heimat abgeschoben werden.

▲ In Nigeria wird Herr L., der als Techniker bei der Armee beschäftigt war, mit einem Putschversuch in Zusammenhang gebracht. Nach seiner Verhaftung konnte er fliehen. In Österreich teilt ihm die Behörde mit, daß ihm "sehr wohl zuzumuten gewesen" sei, "sich dem (nigerianischen) Gericht zu stellen und die aufgebotenen Beweismittel zu entkräften". Die "Zulässigkeit der Abschiebung" nach Nigeria wurde von der zuständigen Bezirkshauptmannschaft jedenfalls schon amtlich festgestellt. Jetzt hat Innenminister Einem das letzte Wort. (Standard, 7.12.'95)

"ES GIBT KEIN LAND IN DER EU, IN DEM DIE AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT SO OFFENKUNDIG IST WIE IN ÖSTERREICH", TARA MUKHERJEE, PRÄSIDENT DES MIGRANTENFORUMS DER EU. (STANDARD 6.2.'96)

▲ Nach mehr als 20 Jahren in Österreich sollte Radunka V. (41) gemeinsam mit ihrer 13jährigen Tochter Darinka ins ehemalige Jugoslawien abgeschoben werden - und die beiden erwachsenen Söhne später ebenfalls. Einer leidet an einer psychischen Erkrankung, die den Vater vor zwei Jahren in den Selbstmord trieb. In sämtlichen Berufungsinstanzen wurde das Aufenthaltsverbot unter anderem mit einer zu kleinen Wohnung der Familie begründet. "27 Quadratmeter" seien keine ortsübliche Unterkunft, heißt es im Bescheid des Innenministeriums. Laut amtlichem Mietvertrag beträgt die Nutzfläche der Wohnung in Wien-Döbling allerdings 47 Quadratmeter - weit mehr als die geforderten zehn pro Person. Der ablehnende Bescheid wird auch mit Bagatelldelikten begründet, die zum Teil bereits Jahre zurückliegen. Im Innenministerium hieß es, man werde noch einmal überprüfen: Abschiebung vorerst aufgeschoben - nicht aufgehoben. (Standard, 13.1.'96)

▲ In Linz erhängte sich am 23. Jänner 1996 ein 24jähriger Tamile in einer Gefängniszelle. Er befand sich in Schubhaft, sein Asylantrag wurde abgelehnt. (Kurier, 25.1.'96)

Nach einer Aussendung der Grünen gab es im "ersten Halbjahr 1995 19 offiziell registrierte Fälle von Selbstbeschädigungen und 778 Fälle von Hungerstreiks von Flüchtlingen aus panischer Angst vor ihrer Abschiebung in Verfolgerstaaten." (Anm. LD: Hungerstreiks sind meist die einzige Möglichkeit, um aus der Schubhaft entlassen zu werden. Eine nochmalige Verhaftung droht immer.) ●

4 MAL Lotta DURA UND MEHR

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR

Lotta DURA

NR. 1 / DEZ. 1994 ÖS 25

1

Südtirolterror

"Kommers" & Gegenmobilisierung

Tod eines Antifaschisten

Prozesse gegen AntifaschistInnen

Asylpolitik in Österreich

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR

Lotta DURA

NR. 2 / APRIL 1995 ÖS 25

2

Oberwart:
Morden für den starken Mann

"Revisionismus" -
Geschichtslügen der Nazis

Kirchweger und Borodajkewycz

Jüdischer Widerstand

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR

Lotta DURA

NR. 3 / JULI 1995 ÖS 25

3

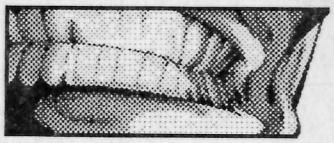
Von Oberwart nach Ebergassing:
Die F geht wieder in die Offensive

AUFrechte Staatsschützer

Frauen und Rechtsextremismus

Rassistische Gesetze bleibe Hetze

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR



Lotta DURA

NR. 4 / DEZ. 1995 ÖS 25

4

Briefbomben

Siegfriedskopf

"Junge Freiheit"

Ulrichsberg & Co.